

# Hannover

in der revolutionären Nachkriegskrise

# 1918-1923



Herausgeberin: AG Geschichte der FAU-Hannover

Das Titelbild zeigt die noch erhaltenen Gräber der bei den Kämpfen während des Kapp-Putsch ums Leben gekommenen Arbeiter auf dem Stöckener Friedhof (siehe: Seite 36).

Onlinepublikation der AG Geschichte der FAU-Hannover  
Hannover 2014

# Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Einführung</b> .....  | <b>5</b>  |
| Geschlechtsneutrale Schreibweise .....   | 5         |
| Quellenkritik.....   | 5         |
| <b>Hintergrund</b> .....   | <b>7</b>  |
| Der Erste Weltkrieg im Zeitraffer.....   | 7         |
| Ereignisse vor der Novemberrevolution.....   | 9         |
| <b>Novemberrevolution in Hannover</b> .....  | <b>11</b> |
| 7. November - Der Beginn der Revolution.....                                       | 11        |
| 8. November - Zwei Räte in Hannover .....  | 14        |
| 9. November - Abdankung von Kaiser und Oberbürgermeister.....                      | 16        |
| Die weiteren Ereignisse.....   | 17        |
| Die Wahl Leinerts zum Bürgermeister.....   | 17        |
| Lünsmann und die Bremer Fliegende Division.....                                    | 18        |
| Selbstentmachtung des ASR.....   | 19        |
| Die Situation außerhalb Hannovers.....   | 20        |
| Linden.....  | 20        |
| Hildesheim.....  | 21        |
| Die Reaktion der Bürgerlichen Kräfte.....  | 21        |
| <b>Der ersten Schritte zur Republik</b> .....                                      | <b>22</b> |
| Der Reichs-Rätekongress in Berlin.....   | 22        |
| Die weiteren Ereignisse in Berlin – Volksmarinedivision und Spartakusaufstand..... | 23        |
| <b>Exkurs - Lehrlingsstreik in Hannover</b> .....                                  | <b>24</b> |
| <b>Die Zeit nach der Revolution in Hannover</b> .....                              | <b>25</b> |
| Der Erwerbslosenausschuss.....   | 25        |
| Unterstützung der Bayrischen Räterepublik.....                                     | 26        |
| Wilde Arbeitskämpfe in Hannover.....   | 27        |
| Bahnarbeiterstreik.....  | 27        |
| Straßenbahnerstreik.....   | 29        |
| <b>Exkurs: Polizeieinheiten</b> .....  | <b>29</b> |
| <b>Der Kapp-Putsch</b> .....   | <b>31</b> |
| Die Ereignisse um den Kapp-Putsch in Hannover.....                                 | 32        |
| Auseinandersetzungen mit den Studentenbataillonen.....                             | 33        |
| Bewaffnung der Arbeiter?.....  | 34        |

|   |           |
|---|-----------|
| Der Welfenputsch.....   | 35        |
| Das Ende des Putsch.....  | 36        |
| Das hannoversche Umland während des Kapp-Putsch.....            | 37        |
| Ereignisse in Hildesheim.....                                   | 37        |
| Die anhaltenden Auseinandersetzung im Ruhrgebiet.....           | 38        |
| <b><i>Exkurs Studentenwehr.....</i></b>                         | <b>40</b> |
| <b>Der Mitteldeutsche Aufstand.....</b>                         | <b>41</b> |
| Unterstützung des Aufstands in Hannover.....                    | 42        |
| <b><i>Exkurs: KAPD.....</i></b>                                 | <b>43</b> |
| <b>Zeitraffer: Die Jahre 1921-1923 im Schnelldurchlauf.....</b> | <b>45</b> |
| Der Cuno-Streik und die Augustunruhen.....                      | 46        |
| Die KPD-Herbstaktion und der Hamburger Aufstand.....            | 48        |
| Dunkle Schatten: Die NSDAP in Hannover bis 1923.....            | 49        |
| <b>Schlussbemerkung.....</b>                                    | <b>51</b> |
| Literaturtipps zum Weiterlesen.....                             | 55        |
| Verwendete Literatur.....                                       | 56        |
| Literaturbelege.....  | 59        |

# Einführung

Diese Broschüre ist zwar im Wesentlichen von einer Person zusammengetragen worden, an der Entstehung sind dagegen viele Personen beteiligt gewesen. Fast alle der Beteiligten sind Teil der FAU-Hannover und viele sind oder waren Teil der Autonomen Bewegung(en). Ohne die Zusammenarbeit wäre diese Broschüre nicht entstanden. Daher gibt es auch nicht eine AutorIn, sondern die FAU-Hannover kann als Herausgeberin angesehen werden.

Damit ist diese Arbeit auch eine politische Schrift, die parteiisch auf der Seite der undogmatischen Linken steht und sich nicht an wissenschaftlichen Maßstäben messen lassen will. Auch in der Bewertung der Ereignisse und die Lehren, die daraus gezogen werden können, spiegelt sich das wieder. Trotzdem liegt hier keine subjektive Chronik vor. Bei der Arbeit an dieser Broschüre wurden „die Regeln der Wissenschaftlichkeit“ beachtet.

## Geschlechtsneutrale Schreibweise

Auch wenn wir Wert auf korrekte Bezeichnung legen und die geschlechtsneutrale Schreibweise mit dem Binnen-I verwenden, ist es in historischen Arbeiten schwierig, in diesem Punkt immer die richtige Bezeichnung zu finden. Tatsache ist, dass überwiegend Männer als Handelnde in Erscheinung treten. Frauen kümmern sich derzeit unsichtbar um die Reproduktion – z.B. in dem sie „hamstern“ fahren oder Schlange stehen, um die wenigen rationierten oder bezahlbaren Lebensmittel zu ergattern. Dass Frauen sich an Kämpfen beteiligen oder diese, wie die Hungerrevolten, initiieren, scheint eher die Ausnahme. Wenn wir uns die zeitgenössischen Fotografien anschauen, fehlen dort die Frauen häufig, dies kann aber auch der normale, patriarchale Blick sein, den wir gelernt haben.

Daher wird in der Regel dort, wo wir davon ausgehen können, dass Frauen beteiligt gewesen sind, die geschlechtsneutrale Schreibweise verwendet. Wenn dies nicht möglich ist, verwenden wir das Binnen-I. Die Gendergap wird nicht verwendet, weil diese viel zu häufig die postmoderne Falle darstellt, in die der Feminismus tappt, wenn „Gendertrouble“ und „Queerpolitics“ nicht mehr die sexistischen Rollenklischees und das patriarchale System angreifen, sondern „ironisch“ reproduzieren.

## Quellenkritik

Ziel war es ursprünglich, eine fundierte Broschüre zu schreiben, um so ein wenig mehr zur Geschichte der undogmatischen Linken vor 1930 beizusteuern. Das wird hoffentlich auch noch geschehen, wobei dafür auch noch einmal in die Archive ge-

gangen werden soll, um Zeitungen und Polizeiberichte sowie Interviews aus den 1970ern mit einem anderen Blick auszuwerten. Da aber, wie so oft die Realität in Wirklichkeit ganz anders ist, wird dies wohl noch etwas dauern. Daher gibt es bereits jetzt die ersten Ergebnisse vorab.

Die Broschüre basiert im wesentlichen auf Sekundärliteratur. Gerade zur Novemberrevolution in Hannover existiert praktisch nur die Arbeit von Heine aus dem Jahr 1978, von der im Wesentlichen alle anderen AutorInnen abschreiben. Ebenso gibt es über den Kapp-Putsch nur eine Arbeit, die hauptsächlich zwei Quellen nutzt, das Protokoll der Polizei und den Bericht der KPD, daneben aber auch die wenigen Zeitungsberichte einbezieht. Außerdem gibt es noch einige Arbeiten, die ZeitzeugInnenbefragungen durchgeführt haben und einige Forschungsarbeiten zur Alltagsgeschichte, welche die Ereignisse des untersuchten Zeitraums umfassen. Zu dem Kapitel des Lehrlingsstreiks gibt es nur einen Beitrag in einer Sammlung von Geschichtswerkstätten.<sup>1</sup> Für interessierte (Hobby-)HistorikerInnen oder Studierende, die noch ein Thema für ihre Abschlussarbeit suchen, öffnet sich hier ein weites Feld.

Ein wenig problematisch ist außerdem, dass der Forschungsblickwinkel fast immer auf SPD oder KPD ausgerichtet war. Die RätekommunistInnen der KAPD und AAU werden eher am Rande erwähnt.<sup>11</sup>

---

I Siehe dazu „Exkurs – Lehrlingsstreik in Hannover

II Die Geschichte der FAUD in Hannover ist praktisch nicht erforscht. Es ist zu vermuten, dass Hannover in der bisherigen Forschung aufgrund von Desinteresse und schlechter Quellenlage „vergessen“ wurde. Zur Geschichte der anarchosyndikalistischen Jugendorganisation, der SAJD, in Hannover wird es in absehbarer Zeit eine Veröffentlichung geben.

# Hintergrund

Vor gut 95 Jahre fand die Novemberrevolution in Deutschland statt. Sie stellt einen wichtigen Wendepunkt in der undogmatischen, link(sradikal)en Geschichte dar. Das Bewusstsein, eine sozialistische Utopie realisieren zu können, war noch etliche Jahre in der revolutionären ArbeiterInnenbewegung vorhanden. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass die deutsche ArbeiterInnenbewegung bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs die bedeutendste Bewegung weltweit war. Die Hoffnung der Menschen, dass die begonnene Revolution noch vollendet werden könne, starb erst nach fünf Jahren, Ende 1923. Diese Zeit – revolutionäre Nachkriegskrise genannt – bildet den Rahmen für diese Broschüre.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der link(sradikal)en, der Arbeiterbewegung vor der Machtübertragung auf die Nazis, ist dabei auch wichtig, um sich wieder ein Stück eigene Geschichte anzueignen. Der Widerstand gegen Faschismus und Reaktion fand nicht erst ab 1930 statt. Besonders die fünf Jahre der revolutionären Nachkriegskrise der Weimarer Republik sind eine bedeutende Zeit der link(sradikal)en Vergangenheit. Und es ist nicht nur die Geschichte von Niederlagen und Zerschlagung, sondern auch eine Zeit, in der tatsächlich einiges auf der Kippe stand. Denn wir sollten nicht vergessen: Auch wenn es uns nicht möglich ist, die Ereignisse zu wiederholen oder gar zu ändern, können wir trotzdem einiges aus der Geschichte lernen oder zumindest einige nachfolgende Entwicklungen, die teilweise bis heute nachwirken, in einem anderen Licht sehen. Schließlich findet kein Ereignis isoliert statt. Daher kam auch die Idee, die Ereignisse der Novemberrevolution 1918 in Hannover nicht losgelöst von der weiteren Entwicklung zu betrachten.

## Der Erste Weltkrieg im Zeitraffer

Bevor mit der Geschichte der Novemberrevolution in Hannover begonnen wird, muss noch kurz die Vorgeschichte erzählt werden. Das Ereignis, mit dem das „Kurze 20. Jahrhundert“<sup>III</sup> beginnt und das eben die „Urkatastrophe“ darstellt, die den Auftakt für Schrecken bildet, die mit Faschismus und zweitem Weltkrieg ihren Höhepunkt erreichen soll und mit der fast alle Ereignisse der folgenden 75 Jahre Weltgeschichte losgetreten werden.

Die unmittelbare Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs beginnt mit dem Attentat auf den Kronprinzen von Österreich-Ungarn durch einen serbischen Nationalisten. Daraufhin schlittert Europa durch die vielfältigen Bündnisse der europäischen Regierungen mehr oder weniger in den Krieg. Es ist damals eigentlich klar, dass es

---

III Das „Kurze 20. Jahrhundert“ beginnt 1914 mit dem Anfang vom Ende des Imperialismus (als Geschichtsabschnitt) durch den Ersten Weltkrieg und endet mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 und damit dem „Sieg“ des Kapitalismus im „Kalten Krieg“.

über kurz oder lang zu einem Krieg der europäischen Nationen um die weltweite Machtverteilung kommen würde – die These von der Alleinschuld des Deutschen Reichs ist (im Gegensatz zum zweiten Weltkrieg) Propaganda.

Russland braucht eine Ablenkung von den innenpolitischen Problemen; Frankreich brennt darauf, die Schmach von 1871 zu vergelten und Elsass-Lothringen zurück zu erobern; das Deutsche Reich will endlich eine richtige Großmacht werden und das britische Empire braucht keinen Konkurrenten. Außerdem drängen die verschiedenen Nationen in Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich auf Unabhängigkeit.

Offiziell beginnt der Krieg mit dem Überfall deutscher Truppen auf Belgien am 3. August 1914.

Der erste Weltkrieg wird allgemein häufig als erster Krieg, der nach industriellen Maßstäben geführt wurde, bezeichnet. Während bei den kriegsbegeisterten Massen noch der Glaube an heroische Schlachten mit wehenden Fahnen vorherrscht, bietet die Front industrielle Vernichtung in Form von Maschinengewehren, Giftgas und ersten Bombenangriffen auf die Zivilbevölkerung. Die Todesrate ist – insbesondere an der Westfront – doppelt so hoch wie in „normalen“ Kriegen. Ebenso ist die Zahl der Verstümmelten gewaltig, die Traumatisierten noch nicht einmal eingeschlossen.

Zu allem Überfluss – zumindest aus Sicht der Herrschenden – kommt es dann auch noch zur Revolution in Russland, zunächst zur Februarrevolution<sup>IV</sup>, in welcher der Zar gestürzt und eine demokratische Regierung eingerichtet wird.

Die Oberste Heeresleitung (OHL) versucht mit der Einschleusung eines gewissen Wladimir Illjitsch Uljanov – besser bekannt als Lenin – Einfluss auf die Ereignisse zu nehmen. Mit Hilfe des Geheimdienst wird Lenin per Sonderzug und mit 50 Millionen Goldmark (etwa 500 Millionen Euro) im Gepäck nach Russland geschleust. Der Plan der OHL ist simpel: Die Bolschewisten unter Lenin sollen die Macht ergreifen und den Krieg im Osten beenden, damit Soldaten für die Westfront abgezogen werden können.

Dieser Plan geht aber nur bedingt auf. Zwar schafft es Lenin, die Macht durch einen Putsch am 7. November 1917 (bzw. am 25. Oktober nach dem russischen Kalender) an sich zu reißen. Mit dem Deutschen Reich wird danach der erhoffte Waffenstillstand mit dem Vertrag von Brest-Litwosk geschlossen. Aber in Rußland steht die Revolution nicht still. Revolutionäre Truppen dringen auch nach Westen vor. Außerdem besitzt das Zentralkomitee der Bolschewisten zu diesem Zeitpunkt

---

IV Diese nahm nach dem russischen Kalender am 23. Februar 1917 mit einer Hungerrevolte ihren Anfang. Unserer Zeitrechnung ist dies der 8. März 1917.

außerhalb von Petersburg und Moskau kaum wirkliche Macht. In der Ukraine greifen Bauerntruppen unter Machnov<sup>V</sup> die deutschen Truppen an und von der Krim kommen Weiße (konterrevolutionäre) Truppen mit Unterstützung der Alliierten. Lange Rede kurzer Sinn: In Russland beginnt mit der Machtergreifung der Bolschewiki ein Bürgerkrieg, der 1921 im Wesentlichen beendet ist, aber bis 1923 immer wieder aufflammende Kämpfe nach sich zieht. Merken wir uns: Von dort ist bis ins Jahr 1921 – ganz im Gegensatz zur bürgerlichen und KP-Propaganda – außer theoretischen Pamphleten und guter Ratschläge nicht viel zu erwarten.

In Deutschland macht die OHL am 14. August 1918 mit einem Brief an den Kaiser auf einer Konferenz im Hauptquartier klar, dass der Krieg für Deutschland verloren ist. Trotzdem wollen die Obersten noch alles versuchen, um einen Frieden ohne Gebiets- und Gesichtsverlust zu erreichen. Es finden bereits Friedensverhandlungen statt, als die kaiserliche Flotte „zum letzten Gefecht“ auslaufen soll.

Das machen die Matrosen aber schon nicht mehr mit: Sie meutern und mit der Befreiung von Gefangenen in Kiel beginnt die Novemberrevolution am 5. November 1918. Bereits im Jahr zuvor hat es einen Matrosenaufstand gegeben, nur können jetzt die Offiziere nichts mehr ausrichten. Beinahe zeitgleich mit dem Matrosenaufstand wird unabhängig davon in Berlin ein Generalstreik durch die „revolutionären Obleute“ in Zusammenarbeit mit dem Spartakus-Bund vorbereitet. Dieser soll jedoch erst am 11. November 1918 stattfinden.

## **Ereignisse vor der Novemberrevolution**

Die SPD ermöglichte am 4. August 1914 mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten im Parlament erst die Ausweitung des Kriegs für Deutschlands. Durch ihre Burgfrieden-Politik verzichtete sie außerdem mit den anderen Parteien auf Wahlen und Versammlungen während des Krieges. Zusammen mit der Kriegsbegeisterung – insbesondere der bürgerlichen Mittelschicht, aber auch vieler ArbeiterInnen – entsteht vielfach der fatale Eindruck, es hätte erst mit der Hungerkatastrophe des Steckrübenwinter 1917 ein Umdenken stattgefunden und mit der Meuterei in Kiel erst Widerstand gegen den Krieg geben. Tatsächlich gab es bereits früh ersten Widerstand – auch in Hannover, obwohl Hannover als extrem moderat galt.

Die Versorgung in Deutschland wurde bereits nach einem Jahr Krieg so schlecht, dass im Deutschen Reich Brotkarten ausgegeben werden mussten. Zunächst konnte die Situation durch Rationierung auf einem erträglichen Maß gehalten werden. Vor

---

<sup>V</sup> Nestor Machnov (7.11.1888 – 6.7.1934) war ukrainischer Anarchist und von 1917 – 1921 Anführer einer libertären Volksbewegung, die gegen Deutsche Besatzungstruppen, Weiße Konterrevolutionäre und später auch die Bolschewisten für eine freie, anarchistisch organisierte Ukraine kämpfte.

allein in Linden wurde die Situation durch eine nachhaltige Sozialpolitik weitestgehend entspannt.

Aber bereits im Jahr 1916 kam es zu einem ausgedehnten Streik in der kriegswichtigen Metallindustrie. Anlass war ein Erlass, der Lehrlinge zwingen sollte, einen Teil ihres Gehalts in Kriegsanleihen zu investieren. Der Widerstand der ArbeiterInnen war trotz der Beschwichtigungsversuche der Gewerkschaft so heftig, dass der Erlass kurz darauf zurückgenommen wurde.<sup>1</sup>

Erst nach dem berüchtigten Steckrübenwinter 1917 – der eine euphemische Umschreibung für eine Hungersnot ist – und den entsprechenden Mangelkrankheiten, vor allem bei Kindern und alten Leuten, selbstverständlich in erster Linie aus den Arbeiterquartieren, kam es zu größeren Aufständen. Zusätzlich raffte die „Spanische Grippe“ im Jahr 1918 nochmals Zehntausende dahin.

Dies führte in Hannover dazu, dass im Januar und Februar 1917 Demonstrationen von Frauen und Kindern gegen Lebensmittelkürzungen vor dem Rathaus stattfanden.<sup>2</sup> Außerdem kam es zu Plünderungen in der Stadt, in deren Verlauf die Polizei 44 Personen festnahm.<sup>3</sup>

Die Situation verschlechterte sich danach zusehends, zog aber keine weiteren Unruhen nach sich. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung blieb unter der Oberfläche, nur Einzelne handelten. So wurde zum Beispiel auf den bei der ArbeiterInnenschaft wegen seines autoritären Stils verhassten national-konservativen Oberbürgermeister Tramm im September 1918 ein missglücktes Bombenattentat verübt.<sup>4</sup>

# Novemberrevolution in Hannover

## 7. November - Der Beginn der Revolution

Am 6. November 1918 trifft eine größere Gruppe Matrosen – 60 an der Zahl – aus Richtung Wilhelmshaven in Hannover auf dem Bahnhof ein. Drei Matrosen aus Kiel wird die Durchreise verweigert, da die vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgestellten Urlaubsscheine nicht anerkannt werden. Sie werden sogleich von der Bahnhofswache verhaftet. Die Bahnhofskommandantur gibt daraufhin um 23:30 Uhr den Befehl aus, sämtliche Züge nach beurlaubten Matrosen zu durchsuchen.

Die Matrosen und anwesenden Soldaten sind darüber aufgebracht und protestieren lautstark. Die Bahnhofswache sperrt als Reaktion den Bahnhof, was dazu führt, dass sich die Stimmung weiter anspannt. Um 2:00 Uhr nachts, am 7. November 1918, beginnt die Situation zu eskalieren. Die Bahnhofswache wird entwaffnet. Daraufhin macht sich eine Gruppe von 30<sup>5</sup> bis 100<sup>6</sup> Leuten auf, die Gefangenen zu befreien. Als erstes versuchen sie die Einsitzenden – insbesondere Matrosen – aus dem Gefängnis an der Alten Celler Heerstrasse zu befreien, was zunächst scheitert. Darauf wendet sich die Menge zur Kaserne am Welfenplatz.

Die Matrosen werben bei den dortigen Soldaten in einer kurzen Ansprache für ihre Ziele:

- 1) Blutvergießen solle vermieden werden
- 2) Es handle sich um eine rein militärische Bewegung, Zivilisten hätten mit der Sache nichts zu tun
- 3) Die [militärische] Disziplin müsse abgeschafft werden. Ferner müssten Soldatenräte nach dem Vorbild Kiels und Wilhelmshaven gebildet werden<sup>7</sup>

In der Zwischenzeit werden die Wache stehenden Soldaten entwaffnet und die erbeuteten Waffen werden an die Menge verteilt. Auf gut 500 bis 600 Personen angewachsen ziehen die Aufständischen wieder in Richtung des Gefängnisses am Bahnhof. Dass es sich nicht einfach um eine Meuterei handelt, zeigt sich vor allem daran, dass der Zug bereits von einer roten Fahne angeführt wird. Trotz der bereits eingetroffenen Verstärkung der Wachmannschaften gelingt es, die Gefangenen zu befreien. Noch während eine Delegation mit dem Kommandanten verhandelt, wird das Gefängnis gestürmt.

Die inzwischen auf etwa 1000 Leute angewachsene Menge zieht vom Bahnhof wieder durch die Stadt in Richtung Waterloo. Ziel ist das Militärarresthaus. Weitere wegen politischer Vergehen und Verstöße gegen die militärische Disziplin Gefan-

gene sollen befreit werden. Wieder wird deutlich, dass es um mehr als einfache „Subordination“ geht. Offiziere, denen die Menge begegnet, werden entwaffnet und Rufe skandiert, wie: „Hoch die Revolution – Nieder mit der Monarchie“. Durch Verhandlungen mit dem Kommandanten gelingt es, dass weitere 50 Personen entlassen werden. Die Situation bleibt friedlich, aber angespannt.

Zu einem kurzen Gefecht kommt es erst, als eine gewählte Abordnung der revolutionären Soldaten zum Generalkommando am Waterloo marschiert, um mit den Offizieren eine Übergabe der militärischen Macht zu verhandeln. Die dortige Sicherheitskompanie eröffnet das Feuer, wird aber nach kurzer Zeit zurückgeschlagen. Auch hier gehen die Truppenteile zu den Aufständischen über.

Am frühen Morgen des 7. November 1918 ist damit die Revolution in Hannover angekommen. Die Macht von Polizei und Militär ist faktisch gebrochen – die Offiziere sind entweder gefangen, verstecken sich oder sind, wie der konservative Oberbürgermeister Tramm, geflohen.

Wie bereits in den Städten an der Küste wird ein Soldatenrat gebildet. Dieser entschließt sich, Abordnungen zur SPD und USPD sowie zu den Gewerkschaften zu schicken, um die „Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft“<sup>8</sup> zu erreichen. Im Laufe der Verhandlungen wird am Vormittag des 7. November 1918 ein vorläufiger „provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat“ (pASR) gebildet. Dieser besteht aus vier Soldaten und vier Vertretern der „Arbeiterschaft“, den SPD-Reichstagsabgeordneten August Brei, Adolf Fischer und Friedrich Rauch sowie dem Mitglied des preußischen Abgeordnetenhaus Robert Leinert.

Auch in die Betriebe rund um das Stadtzentrum werden die Informationen über die neue Situation getragen. Ein Augenzeuge berichtet:

„Also, wir waren erstaunt, als wir morgens auf die Straße gingen, um ein bißchen frische Luft zu schöpfen, und fanden plötzlich rote Matrosen vor dem Betrieb, mit roten Armbinden, Karabiner umgedreht auf dem Rücken und die uns erklärten, der Krieg ist zu Ende, die Marine macht nicht mehr mit und an der Front setzen sich die Soldaten auch schon ab. Wenige Stunden später tauchten die Matrosen im Betrieb auf und forderten Schluss zu machen. [...] Wir marschierten unter der Führung der Matrosen zum Waterloo-Platz. Wir wollten in die Stadtmitte, um zu demonstrieren“.<sup>9</sup>

Bevor noch ein für den Nachmittag anberaumtes Treffen mit dem verantwortlichen Militär und dem Vertreter des Stadtdirektor im Gewerkschaftshaus stattgefunden hat, gibt die SPD ein Flugblatt heraus. In diesem heißt es:

„Es ist der dringende Wunsch der Soldaten, daß sich alles in Ruhe und Frieden

vollzieht. Sie wünschen deshalb auch, daß die Arbeiter unter allen Umständen in den Betrieben bleiben“.<sup>10</sup>

Damit der pASR auch demokratische Legitimation erhält, wird um 14:00 Uhr eine „Massenversammlung“ auf dem Klagesmarkt abgehalten, bei der die bisherigen Vertreter der Arbeiter – die SPD-Abgeordneten – als offizielle Delegierte des pASR bestätigt werden. Wie viele Arbeiter an der Versammlung mitten am Tag, wo sie doch in den Betrieben bleiben sollen, teilgenommen haben, kann leicht ausgerechnet werden. So verwundert die Behauptung, dass die Revolution in Hannover „[...] fast ganz ohne die Beteiligung der Arbeiterschaft statt [fand]“<sup>11</sup> wenig. Sie scheint vielmehr wahrscheinlich.

Unter anderem wird der „Massenversammlung“ beschlossen, welche Arbeitervertreter dem pASR angehören sollen: Die drei SPDler (Brey, Fischer und Leinert), vier Gewerkschafter (Fenske vom Deutschen Metallarbeiter Verband, der Holzarbeiter Derbe, der Fabrikarbeiter Stiller sowie der Arbeitersekretär Mey), zwei USPDLer (der Tischler Aderhold und der Fabrikarbeiter Kliipker)<sup>12</sup> desweiterm sieben Soldaten<sup>13</sup>. Außerdem wird sich darauf geeinigt, dass die Soldaten und Matrosen am Abend ihre Vertreter in den Kasernen wählen sollen. Bis dahin werden die bisherigen Soldatenräte den Treffen beiwohnen.

Die Versammlung wird wegen des Gerüchts, dass der Bahnhof von fremden Truppen besetzt worden sei und es zu Schießereien gekommen ist, vorzeitig abgebrochen. Tatsächlich wurde ein Regiment von Celle aus in Marsch gesetzt, um die Kontrolle über die Stadt zurück zu erlangen, welches sich aber den Aufständischen anschließt.<sup>14</sup>

In den Reden wird deutlich, dass die Verantwortlichen der SPD nichts von einer „wirklichen“ Revolution und damit einer Umgestaltung der Verhältnisse wissen wollen. Im Volkswillen wird berichtet:

„Die Genossen Brey, Fischer und einige Soldaten erläuterten Entstehung und Zweck der Bewegung und wiesen mit ernsten Worten auf die Gefahren hin, die für das arbeitende deutsche Volk entstehen könnten, ja würden, wenn nicht allseitig Ruhe und Besonnenheit bewahrt würde“.<sup>15</sup>

Der pASR zieht in das Gewerkschaftshaus am Steintor, wo er seinen ständigen Sitz haben soll. Dort treffen sich im Laufe des Nachmittags der pASR mit Vertretern von Stadtverwaltung und Offizieren.

„Heraus kam eine 20-Punkte-Erklärung, die noch am Nachmittag des 7. Novembers 1918 veröffentlicht wurde: Danach sollte die militärische Gewalt gemeinsam (sic!) vom Garnisonsältesten, Generalleutnant Schaer, und dem Arbeiter- und Sol-

datenrat ausgeübt werden. Auch die übrigen Bestimmungen hatten vor allem die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung zum Ziel, wobei insbesondere Arbeitsniederlegungen nach Möglichkeit vermieden werden sollten.“<sup>16</sup>

Unter dem Eindruck der bereits erwähnten gelegentlichen Schießereien zwischen kaisertreuen und revolutionären Soldaten wird in der Proklamation außerdem die kaiserliche (!) Polizei, gemeinsam mit Vertretern des pASR, mit der Sicherung der öffentlichen Ordnung betraut.

Dass die Revolution ganz im Sinne der SPD abzulaufen scheint – nämlich ruhig und ordentlich – spiegelt sich auch in den Erinnerungen der bürgerlichen Schriftstellerin Vicky Baum wieder:

„Eine Revolution war, glaube ich, nach russischem Muster geplant: rot, proletarisch, radikal. Es wurde aber eine durch und durch deutsche Revolution: wohlorganisiert, geordnet, sauber, nüchtern. [...] Unser Theater [gemeint ist die Oper] wurde eines Tages während der Vorstellung von Spartakisten durchsucht, linksradikale Revolutionäre; sie behaupteten, auf dem Dach seien Maschinengewehre postiert worden und hätten in die Menge geschossen. [...] Zwischen dem Theater, dem nahe gelegenen Bahnhof und dem Viertel, wo wir wohnten, bauten die Spartakisten Barrikaden, die jedoch bei Nacht mit den roten kleinen Laternen des Straßenamtes gekennzeichnet wurden, damit sich niemand beim Überklettern die Zehen stieß.“<sup>17</sup>

Am Abend werden in den Kasernen die Vertreter der Soldaten gewählt. Die Vertreter der Soldaten neigen dabei eher zu revolutionären Forderungen, wie sie in Kiel bereits formuliert wurden. Da die Verlautbarungen des pASR eher in eine andere Richtung zielen, wird am 8. November 1918 ein unabhängiger Soldatenrat (uSR) ins Leben gerufen. Dieser formuliert eigene Forderungen, die in einer „hannoverschen Druckerei mit Waffengewalt“<sup>18</sup> als Flugblatt gedruckt und verbreitet werden. Insgesamt sind die Punkte im Vergleich zu den Forderungen des pASR wesentlich radikaler:

Gleichbehandlung von Offizieren und Mannschaften, Wegfall des Grußzwangs und der Pressezensur sowie Rede und Versammlungsfreiheit. Auch wird die Aufstellung eigener, nur durch die Räte kontrollierter Sicherheitstruppen gefordert.

## **8. November - Zwei Räte in Hannover**

In Hannover existieren nun zwei Räte parallel: der von SPD und Gewerkschaftsfunktionären dominierte pASR und der uSR, welcher auch von der Militärverwaltung offiziell zur Kenntnis genommen wird. Hinzu kommt, dass der Bereich um den Bahnhof, namentlich die Bahnhofswache, vom uSR kontrolliert wird, während die Sicherheitstruppen dem pASR unterstehen. Letztere patrouillieren in der Stadt

und verhindern, wie es bei Heine heißt, „Ansammlungen von Zivilisten“.<sup>19</sup> Die gesamte Situation ist dabei aber nicht klar getrennt, auch die Sicherheitstruppen des pASR verteilen das Flugblatt mit den Proklamationen des uSR.

In diesem Flugblatt wird unter anderem zu einer Massenversammlung in der Stadthalle aufgerufen. Ob aus Angst vor möglichem Kontrollverlust oder aus tatsächlicher Kompromissbereitschaft tritt der pASR im Vorfeld mit dem uSR in Verbindung. In den Verhandlungen wird ein Kompromisspapier entwickelt, dass am Abend vorgestellt werden soll. Im Wesentlichen werden dabei die Forderungen der Soldaten nach Abschaffung der militärischen Disziplin übernommen. Nicht eindeutig geklärt wird, welche Gremien mit der Aufrechterhaltung und Durchsetzung der von den „Arbeitervertretern“ so geliebten Ruhe und Ordnung beauftragt werden. Während der uSR eigene Wachtruppen fordert, die vom ASR eingesetzt und kontrolliert werden, will der ASR der bestehenden Polizei Beauftragte des ASR beordnen. Letztlich finden sich beide Forderung im Kompromisspapier wieder. Und auch in der Frage, ob die Schutztruppen das Standrecht (bis zur Hinrichtung) gegen Plünderer anwenden dürfen, wird ein Kompromiss erzielt, wonach nur vom ASR das Standrecht ausgeübt werden darf.

Die durch den uSR für den Abend einberufene Versammlung in der Stadthalle ist mit ca. 5.000 Personen gut besucht. Dort wird der ausgehandelte Kompromiss vorgestellt. Die neue Einigkeit wird auch durch die Übernahme der Mitglieder des uSR in den pASR demonstriert, womit ein „tatsächlicher“ Arbeiter- und Soldatenrat in Hannover entsteht.

Heine zitiert den sozialdemokratischen hannoverschen „Volkswillen“: „Der Landtagsabgeordnete Leinert [...] stellte fest, daß von diesem Tage an Arbeiter und Soldaten durch keinerlei Vorrechte [...] getrennt werden. Der Tag der Einigung [...] ist ein Geburtstag einer neuen Zeit. Der Kaiser hat abgedankt,<sup>VI</sup> der Weg zur sozialistischen Republik ist frei. [...] Er schloss mit dem Wunsche, daß durch diese Versammlung die vollkommene Ruhe und Sicherheit herbeigeführt ist“ [Auslassungen im Original]<sup>20</sup>. Des weiteren wird betont, dass nun nur noch der vereinigte ASR das alleinige Recht hat, Anordnungen zu treffen. Wobei die bestehende Gesetzlichkeit und die Behörden weiter existieren sollen, jetzt nur unter Kontrolle des ASR. Um diese Forderungen durchzusetzen, werde der ASR eine Schutztruppe bilden. Die Versammlung endet mit einem Hoch auf die „freie Republik Deutschland“.<sup>21</sup>

Tatsächlich ist die Situation in Hannover am 8. November unübersichtlicher, als der „Volkswille“ darstellt, nicht nur politisch. Es kommt immer wieder zu Schießereien mit Verletzten und auch Toten. Um das Steintor und den Bahnhof scheint die

---

VI Eine Behauptung, die jeglicher Grundlage entbehrt, da die Rücktrittserklärung des Kaisers offiziell erst am 9.11.1918 durch den Prinz von Baden erfolgt.

Situation so brisant zu sein, dass die Straßenbahn ihren Betrieb zunächst einstellt.

Auch die Schriftstellerin Vicky Baum gerät in einen dieser Schusswechsel:

„Ich weiß noch, wie ich in den Revolutionstagen einmal mit meinen Kindern, dem Kinderwagen und dem blauen Euter [ihr Sohn im Matrosenanzug] in die Schusslinie einiger Heckenschützen geraten bin. So etwas ist längst nicht so aufregend, wie es sich anhört. Als ich nach der Schrecksekunde verstand, was los war, trabte ich einfach weiter und nahm Deckung im nächsten Haustor.“<sup>22</sup>

Leider bleibt in den vorliegenden Quellen unklar, wer sich hier mit wem Schusswechsel liefert. Es wird von Gerüchten berichtet, dass auswärtige, kaisertreue Truppen nach Hannover verlegt worden seien. Bestätigt wird dies nicht. Daher kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass es zu reaktionären Aktionen gekommen ist. Ausgeschlossen werden kann dies wiederum aber auch nicht, wenngleich diese Aktionen dann eher spontan und ohne große Auswirkung gewesen sein müssen.

## **9. November - Abdankung von Kaiser und Oberbürgermeister**

Bereits am ersten Tag der Revolution war der amtierende Oberbürgermeister Tramm aus Hannover nach Berlin geflohen. Wohl wissend, dass er aufgrund seiner konservativen Haltung bei ArbeiterInnen und SPD-Offiziellen gleichermaßen verhasst war. Etwas theatralisch oder besser gesagt auf Öffentlichkeitswirksamkeit angelegt mutet dagegen das Verhalten des AS-Rats an:

„Obwohl die Abwesenheit Tramm bekannt war, ließ es sich der A.- und S.-Rat nicht nehmen, in einer spektakulären Aktion seine Zwangsvorführung zu simulieren. Am 8. November 1918 schickte der Soldatenrat eine 20-köpfige Streife in seine Wohnung und durchsuchte sie, natürlich ohne Ergebnis.“<sup>23</sup>

Am nächsten Tag, dem 9. November, tritt der geflohene Oberbürgermeister Tramm offiziell zurück – „[...] jedoch nicht ohne Anspruch auf ordnungsgemäße Pensionierung und auf Weiterbewohnung seiner Dienstvilla geltend zu machen“.<sup>24</sup> Der Kaiser wird diesen Schritt erst später vollziehen. Von dem mit der Regierung beauftragten Max von Baden wird die Abdankung zwar bekannt gegeben, der Kaiser im belgischen Spa hatte diese jedoch noch nicht unterschrieben. Nichtsdestotrotz wird in Berlin sowohl die deutsche Republik von Scheidemann als auch die sozialistische Räte-Republik von Liebknecht ausgerufen.

In Hannover herrscht unterdessen die viel beschworene Ruhe und Ordnung, Schusswechsel finden nicht mehr statt. Der ASR in Hannover begreift sich vor al-

lem als Verwaltungsorgan, der die Geschicke der Stadt organisieren will, eine sozialistische Neuordnung steht – wie in so vielen SPD-dominierten Räten anderer Städte – nicht zur Debatte. Lediglich in wenigen Städten kommt es zur Bildung von Räterepubliken mit sozialistischem Programm, zu nennen wären in Norddeutschland Braunschweig und Bremen.

## Die weiteren Ereignisse

### Die Wahl Leinerts zum Bürgermeister

Bereits am 10. November 1918 wird eine Abordnung des ASR im Rathaus vorstellig und fordert die Mitarbeit im kommunalen Bereich ein. Unmissverständlich wird klar gemacht, dass ein neuer Bürgermeister aus den Reihen des ASR gewählt werden müsse. Wer diesen Posten erhalten soll, wird in Sitzung der Funktionäre von SPD, USPD und Gewerkschaften am 11. November bestimmt. In dieser, laut Heine „für die bisherige Geschichte der getrennten Entwicklung der beiden Arbeiterparteien einmaligen Versammlung“,<sup>25</sup> wird Leinert als Kandidat für den Posten des Oberbürgermeister bestimmt. Zwei freie Magistratsämter sollen von den Gewerkschaftsfunktionären und SPD-Mitgliedern August Lehrberg und Christian Schrader besetzt werden. Die Wahl Leinerts erfolgt am 12. November 1918 durch die nach der Stadtverordnung vorgeschriebene Versammlung aus Magistrat und Bürgervorstehern. Diese fällt ebenso einstimmig aus wie die Wahl der Vertreter für den Magistrat. Die vakanten Posten im ASR werden dagegen wieder still, das heißt ohne Wahl, mit „zuverlässigen“ Genossen aus SPD- und Gewerkschaftsbürokratie besetzt.

Die Forderung der Versammlung des Vortages werden weitgehend nicht umgesetzt. Der hannoversche ASR scheint sich – wie ja auch aus den dauernden Rufen nach Ruhe, Ordnung und Weiterarbeit – nicht als revolutionäres, sondern vielmehr als rein verwaltungstechnisches Gremium zu begreifen. Die bestehenden Verwaltungsorgane der Kaiserzeit bleiben in ihrer Funktion erhalten, es werden ihnen lediglich Vertreter des ASR beigeordnet. So wird auch mit dem stellvertretenden Kommando des X. Armeekorps, der Kriegsamtstelle, der stellvertretenden Intendantur, den Lebensmittel- und Proviantämtern, dem Bekleidungsamt sowie den örtlichen Bezirkskommandos eine Vereinbarung geschlossen. Heine nennt den Kern dieser Vereinbarung: „Allen genannten Stellen wird nicht nur ausdrücklich zugebilligt, sie seien zu Anweisungen im bisherigen Umfang berechtigt, ihren Anweisungen sei sogar unbedingt Folge zu leisten.“<sup>26</sup>

Auch die Forderung des unabhängigen Soldatenrats nach Einsetzung der von Arbeitern gebildeten Volkswehr als Polizeitruppe wird ebenfalls nicht umgesetzt.

Stattdessen versichert der Polizeipräsident Rudolf von Beckerath bei einem Treffen mit August Brey dem ASR seine Loyalität. Es wird eine Vereinbarung unterzeichnet, in der laut Heine [...] zwar die *militärische* Obergewalt des A.- und S.-Rates anerkannt, dem Ratsvertreter aber nur eine beratende Beisitzerrolle zugestanden wird.<sup>27</sup>

## Lünsmann und die Bremer Fliegende Division

Die Revolution wäre damit praktisch ohne große Reibung an Hannover vorbeigezogen. Trotzdem sollte nochmal für kurze Zeit so etwas wie Revolution Einzug halten. Wobei bei genauer Betrachtung die Ereignisse weniger revolutionären Charakter hatten, vielmehr wäre der Ausdruck Ruhestörung angebrachter.

Eine Einheit Soldaten aus Bremen – die „Bremer fliegende Division“, kurz BfD – kommt am 10. November in der Stadt an. Angeführt vom Sanitätsfeldwebel Lünsmann hatten sich die Matrosen zunächst Richtung Munster in Bewegung gesetzt. Die Ereignisse bis zum Eintreffen in Hannover fasst Heine zusammen:

„Von dort reiste man am 9.11.1918 unverrichteter Dinge weiter nach Celle, befreite Strafgefangene aus dem Zuchthaus, kleidete sie in Militäruniformen und nahm sie in den Stoßtrupp auf. Zielgerecht ließ Lünsmann in Celle wichtige strategische Punkte in der Stadt von seinen Leuten besetzen. [...] erklärte den Mehrheitssozialisten Schädlich für abgesetzt und beanspruchte selbst für seine Leute die Kommandogewalt, [...]. Im Laufe des Tages gelang es jedoch den einheimischen Sozialdemokraten, die Leute um Lünsmann zum Weiterreisen zu bewegen; [...].“<sup>28</sup>

Bei der Ankunft am Abend des 10. November 1918 wird die Bremer fliegende Division offiziell von einem Mitglied des ASR begrüßt. Nach Rücksprache mit dem ASR wird am nächsten Morgen der 120 Mann starken Truppe die Funktion der Bahnhofswache zugeteilt, die sie sofort wahrnimmt. Damit wird der Hauptbahnhof und das umliegende Stadtgebiet von Patrouillen der BfD mit offizieller Genehmigung kontrolliert.

In dieser Funktion werden auch Plünderer festgenommen. Am 12. November 1918 lässt Lünsmann drei Plünderer an der Waterloosäule standrechtlich erschießen. Die von den hannoverschen Pressorganen abgedruckte Erklärung nimmt dazu Stellung und verweist auf die Umsetzung von „Vereinbarungen der nordwestdeutschen Städte“, die auch in Hannover gälten, wonach „schweren Verbrechen“ die standrechtliche Erschießung drohe.<sup>29</sup>

Dieses Ereignis steht anscheinend dem Wunsch der SPD entgegen, den bürgerlichen Kräften und der Stadtverwaltung zu zeigen, dass sie in der Lage ist, für Ruhe

und Ordnung zu sorgen. Möglicherweise wird auch nur die Möglichkeit genutzt, die revolutionären Kräfte in Form der ehemaligen Mitglieder des unabhängigen Soldatenrats – namentlich Broich und Grünberg – auszuschalten, wie Heine andeutet:

„Die Aktionen der Leute um Lünsmann von der 'Fliegenden Division' und deren zu vermutender Rückhalt bei den Soldatenvertretern des ursprünglichen 'Gegenrates', der noch wenige Tage zuvor in der Stadthallenversammlung so bereitwillig integriert worden war, lieferten nun den Vorwand, den Hauptausschuß umzugestalten und die bereits genannten zwei Exponenten unter fadenscheinigen Vorwänden zu verhaften.“<sup>30</sup>

Der ASR wird daraufhin stillschweigend umbesetzt. Selbstverständlich aus den Reihen der Funktionäre von SPD und den ihnen treu ergebenen Gewerkschaften. Damit auch alles seine Ordnung hat (und entgegen des eigenen Verständnisses, wie Heine<sup>31</sup> betont), wird ein Sondergericht eingesetzt, das über mehrere Tage „die Fälle“ Lünsmann, Broich und Grünberg verhandelt. Lünsmann wird von diesem Sondergericht zum Tode verurteilt. Über die anderen Angeklagten ließ sich nichts weiter finden. Das Urteil wird am 16. November 1918 im Beisein eines Vertreters des ASR vollstreckt. Damit wird insbesondere in Richtung der bürgerlichen Kreise ein Zeichen gesendet, dass die SPD oder besser gesagt ihre Vertreter in der Lage sind, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

## **Selbstentmachtung des ASR**

Da für die SPD im Prinzip ihre Ziele erreicht sind, beschließt der ASR praktisch seine Selbstentmachtung. Am 15. November 1918 erklärt der ASR, nur noch für die Demobilisierung des Militärs im Bereich des zehnten Armeekorps verantwortlich zu sein. Alle anderen Aufgaben werden von den bereits vor der Revolution zuständigen Stellen weiter geführt, teilweise mit einem Beigeordneten, aber nicht mehr unter der Kontrolle des ASR. Damit greifen die Mitglieder des ASR hier den Entscheidungen des Reichsrätekongresses vor, der erst Mitte Dezember in Berlin tagen wird. Hannover setzt damit ein deutliches Zeichen, dass von den Funktionären keine Revolution gewünscht ist. Wenn wir Heine glauben wollen, trifft dies in hohem Maße auch für die Mehrheit der ArbeiterInnen zu.<sup>32</sup>

Da verwundert es nicht, wenn noch nicht einmal die Forderungen der Gewerkschaften nach der Einführung des Achtstundentags – bei einer Sechstageswoche – konsequent umgesetzt wird. So wird für die Hanomag eine Ausnahme vom Achtstundentag ermöglicht. Dies geschieht als Gegenleistung zu der Zusage, dass keine ArbeiterInnen entlassen werden.<sup>33</sup>

Es zeigt sich, dass der ASR es ernst meint mit der Aussage, Ruhe und Ordnung zu wahren sowie alle Problem einmütig und in gegenseitigem Respekt mit den bisherigen Machthabern und Würdenträgern zu lösen. Tatsächlich wird kein einziger kaiserlicher Beamter entlassen<sup>34</sup> und auch Tramm erhält, wie von ihm gefordert, seine Pension als Gegenleistung für die reibungslose Wahl Leinerts.<sup>35</sup> Soziale Reformen gehen von Seiten des sozialdemokratisch und gewerkschaftlich dominierten Rates nicht aus.

Nach den Kommunalwahlen im Februar 1919 stellt der ASR weitestgehend seine Arbeit ein und löst sich im März 1920 gänzlich auf.<sup>36</sup>

## **Die Situation außerhalb Hannovers**

### **Linden**

Auch wenn Linden – zu diesem Zeitpunkt noch eine eigenständige Stadt – in der Verklärung als „rot“ verschrien ist, scheint dies nicht für die Zeit der Novemberrevolution zuzutreffen. Während der ersten Revolutionstage kommt es in Linden nicht zu Arbeitsniederlegungen. Auch ein eigener Arbeiterrat wird nicht gebildet. Als die Absetzung des Lindener Oberbürgermeisters Lodemann im Namen „der Gewerkschaften“ durch einen Lindener SPD-Bürgervorsteher gefordert wird, haben „[...]“ die Vertreter der Lindener Arbeiterschaft protestiert und gefordert, daß über diese Frage in den Lindener Betrieben abgestimmt werde.“<sup>37</sup> Da diese Abstimmung über den Verbleib des Oberbürgermeisters ausfiel, begnügt sich der ASR damit, einen Beigeordneten zu stellen, der nicht in die Politik des Lindener Stadtrates eingreifen sollte.

Insgesamt scheinen die Lindener ArbeiterInnen nicht sehr revolutionär eingestellt gewesen zu sein. Rabe gibt an: „Die USPD hatte in Linden nirgendwo einen ernstzunehmenden Einbruch in die sozialdemokratische Organisation erzielen können. Nur vereinzelt traten Funktionäre des SPD zu ihr über.“<sup>38</sup> Daher verwundert es nicht, dass Arbeiter sich am 8. Dezember 1918 mit großer Mehrheit bei einer Versammlung auf dem Lindener Marktplatz für eine Resolution gegen die „Regiererei des Berliner Vollzugsausschuss“ und „das verbrecherische Treiben des Spartakus“ aussprechen.<sup>39</sup>

Das Ereignis, dass hier Bezug genommen wird, sind Auseinandersetzungen in Berlin, als monarchistische Truppen mit Billigung der SPD-Führung den Vollzugsrat verhaften wollten. Dabei trafen die Soldaten zufällig auf eine Demonstration linker ArbeiterInnen und eröffneten das Feuer. Tatsächlich kann also gesagt werden, dass ein rechter Putschversuch von ArbeiterInnen und loyalen Soldaten verhindert wurde.

Ebenfalls im Dezember beschließt der Lindener Metallarbeiterverband auf einer Mitgliederversammlung einen Antrag an den Rat. In diesem wird die Zusammensetzung des ASR bemängelt und seine Eignung für die an ihn gestellten Aufgaben bezweifelt. Laut Heine richtet sich diese Kritik aber vor allem gegen den Gewerkschaftssekretär Fenske<sup>40</sup> und ist damit eher ein innergewerkschaftliches Machtspiel.

## **Hildesheim**

Die Soldaten beschränken ihre Tätigkeit nicht nur auf Hannover. Am 8. November 1918 macht sich eine Gruppe nach Hildesheim auf den Weg. Im Polizeibericht heißt es:

"Gegen 3 Uhr kam eine Abordnung des hannoverschen Soldatenrates mit Gewehren bewaffnet. Die Abordnung saß in einem Auto, in das sie die hiesigen Gewerkschaftssekretäre Braun, Blank und Behrens aufnahm, und fuhr zur Bahnhofskaserne, wo die Soldaten entwaffnet und in ihre Heimat entlassen wurden. Dann wurden alle Gefangenen bis auf die wirklichen Verbrecher aus den Gefängnissen entlassen. Anschließend kehrte die Abordnung nach Hannover zurück".<sup>41</sup>

Auch sonst scheint die Revolution in Hildesheim ähnlich verlaufen zu sein wie in Hannover. Es wird ein „Arbeiter- und Soldatenrat“ gebildet, der seine vornehmliche Aufgabe in der Demobilisierung und nicht in der Revolution sieht.

## **Die Reaktion der Bürgerlichen Kräfte**

Neben dem kaiserlichen Verwaltungsapparat gibt es in Hannover eine Vielzahl bürgerlicher und auch einige liberale Kräfte, die sich durch die Umwälzungen neu gruppieren müssen. Hinzu kommen die Vertreter der industriellen Arbeitgeber und des Mittelstands, die angesichts der politischen Revolution jetzt eine soziale Revolution mit Enteignung und Vergesellschaftung fürchten.

Am schnellsten scheint es der Deutschen Hannoverschen Partei (DHP) gelungen zu sein, wieder agieren zu können. Bereits am 10. November 1918 meldet sie sich mit ihrer Parteizeitung „Deutsche Volkszeitung“ zurück und wiederholt ihr Ziel der Selbständigkeit Hannovers von Preußen und der Bildung einer „weiß-gelben“<sup>VII</sup> Republik.

Fast eine Woche später erfolgt ein Aufruf der Fortschrittlichen Partei, welche später

---

VII Die Fahne des Königreich Hannovers hatte bis zur Einverleibung durch Preußen nach der verlorenen Schlacht bei Langensalza 1866, die Farben Weiß-Gelb

in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) aufgehen sollte, dass sich die hannoverschen BürgerInnen an der Arbeit des ASR beteiligen sollten. Demgegenüber wird in gemeinsamen Anzeigen von Zentrum, DHP, Nationalliberalen und Konservativen den BürgerInnen nahegelegt, sich für Ruhe und Ordnung einzusetzen. Damit hatten sich in Hannover wieder die drei bürgerlichen Lager zu Wort gemeldet: linksliberale (DDP), hannoversche Konservative (DHP und hier traditionell auch Zentrum) sowie das nationalliberale und rechte Lager (DVP und DNVP – wobei erstere in Hannover besonders stark waren).<sup>42</sup>

Zu den Wahlen der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und der Preußischen Landesvertretung am 26. Januar 1919 wurde bereits das Wahlrecht geändert und neben dem allgemeinen Wahlalter von 20 Jahren auch das Frauenwahlrecht eingeführt. Die Wahlkämpfe sollen dabei kurz und heftig gewesen sein, mit Anzeigen, Plakaten und Flugblättern, die von den WahlhelferInnen selbst in den Straßenbahnen verteilt wurden. Der Plan der konservativen Kräfte, mittels einer gemeinsamen Liste, dem „Bürgerbund“, und der Parole „Politik gehört nicht ins Rathaus“, im Wesentlichen die linken Parteien von der noch vorhandenen Gestaltungsmacht auszuschließen, scheiterte sowohl an der DDP als auch an der DHP. Die Ergebnisse der Kommunalwahl bringen zwar die SPD als stärkste Kraft hervor, zeigen aber keine Mehrheit:

USPD 2; SPD 35 - DDP 8 - DHP/Zentrum 20; DVP/DNVP 9 - andere Bürgerliche 10<sup>43</sup>

Nur in Linden wurde bei der Kommunalwahl eine gemeinsame Liste der Bürgerlichen (inkl. der DDP) aufgestellt – hier war jedoch abzusehen, dass die SPD eine überwältigende Mehrheit erreichen würde. Tatsächlich erreichte sie gut 70%.<sup>44</sup>

## **Der ersten Schritte zur Republik**

### **Der Reichs-Rätekongress in Berlin**

Auf den Rätekongress im Dezember in Berlin nimmt Leinert eine wichtige Stellung ein, indem er einen Sitz im Präsidium des Kongress besetzt. Er zeigt sich dabei als Vertreter des rechten Flügels der SPD. Auf dem Reichsrätekongress erreicht die SPD, dass die deutsche Republik eine Parlamentarische Demokratie wird und keine Räterepublik. Damit selbst der „Zentralrat der Arbeiter- und Soldateräte“ nicht noch einen Linksschwenk vollzieht, werden auch hier „zuverlässige Genossen“ im Präsidium platziert – unter ihnen wiederum Leinert.<sup>45</sup> Tatsächlich ist Leinert so zuverlässig und anscheinend auch geschickt im Verhandeln, dass er Vertreter bei den Verhandlungen um den Friedensvertrag in Versailles wird.

Der Rätekongress fand vom 16. bis zum 20. Dezember 1918 in Berlin statt. Auch wenn SPD-Führer um Ebert die Durchführung des Kongress verhindern wollten, weil sie eine Fortführung der Revolution fürchteten, wurde alles ihrem Sinne abgewickelt:

„Es war eine sehr disziplinierte, auf strikte Einhaltung der Geschäfts- und Tagesordnung bedachte Versammlung, die in ihrer Mehrheit treu zu Ebert und dem SPD-Parteivorstand hielt, überhaupt weit mehr an einen sozialdemokratischen Parteitag der Zeit vor 1914 erinnerte, als an ein revolutionäres Zentralkomitee“.<sup>46</sup>

Einzig die Annahme der „Hamburger Punkte“, d.h. freie Offizierswahl, Abschaffung der Rangabzeichen und Unterstellung der Militärs unter eine zivile Verwaltung, wurden als Reste der revolutionären Forderungen mit überwältigender Mehrheit angenommen. Durch den Druck der OHL wurde die Umsetzung von den Verantwortlichen dann jedoch nicht in Angriff genommen.

Letztendlich beschloss der Rätekongress die Durchführung von Nationalwahlen und die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie. Zu diesem Zeitpunkt existierten nur noch wenige Räte Demokratien, so zum Beispiel in Bremen, Braunschweig und Bayern bzw. München.

## **Die weiteren Ereignisse in Berlin – Volksmarinedivision und Spartakusaufstand**

Berlin kommt trotzdem nicht zur Ruhe. Zwar haben viele Soldaten die Chance genutzt und sich praktisch sofort selbst ausgemustert, aber gerade die rechtsgerichteten Truppen, aus denen später die Freikorps hervorgehen sollen, bleiben unter Waffen. Einzig die Volksmarine-Division bildet dabei eine Ausnahme.

Am 23. Dezember 1918 eskalieren die Ereignisse. Die Volksmarine-Division, welche seit November kein Geld erhalten hat, besetzt die Reichskanzlei und fordert die Auszahlung ihres Solds. Daraufhin werden mit Billigung Eberts rechte Truppen eingesetzt, die mit Artillerie das Schloss beschießen. Wieder wird dieser Angriff durch ArbeiterInnen und Volksmarine-Division zurückgeschlagen. Aus Protest über „Eberts Blutweihnacht“ – es starben 30 Matrosen und ArbeiterInnen – tritt die USPD aus der Regierung aus.

Die verschiedenen Gruppierungen aus den linken Flügeln der USPD, vom eher intellektuellen Spartakusbund über die linkssozialistische Berliner Betriebsobsteuorganisation bis hin zu den parteiunabhängigen Bremer Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), gründeten über den Jahreswechsel 1918/1919 die Kom-

unistische Partei Deutschland (KPD). Auf der Versammlung konnten sich die „linksradikalen“ Kräfte wie die IKD durchsetzen, die einen Boykott der Nationalwahl zugunsten der revolutionären Aktion forderten. Dies und die noch vorhandene skeptischen Haltungen gegenüber dem leninistischen Partei-Modell sowie die nicht vernachlässigbaren anarchistischen Strömungen führten dazu, dass W.I. Lenin mit seiner Schrift „Linksradikalismus (im Englischen left-communism!) eine Kinderkrankheit des Kommunismus“ den autoritären Partei-Kommunismus gegen den Räte-Kommunismus durchsetzen will.

Das Fass zum Überlaufen bringt aber die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichorn, der von der USPD gestellt wird. Am 5. Januar 1919 kommt es zu einer heftigen Demonstration, in deren Verlauf das Zeitungsviertel von ArbeiterInnen besetzt wird – der sogenannte „Spartakusaufstand“. Der amtierende Innenminister Noske ruft daraufhin die Reichswehr und die neugebildeten Freikorps zur Hilfe. Allen voran zeigte das Korps Maerker, das später Braunschweig und Bremen „befreien“ sollte, und das Korps von General Lüttwitz, von dem später noch die Rede sein wird, größte Begeisterung. Es kommt zu Gefechten, bei denen die Regierungstruppen auch Artillerie einsetzen. Angeheizt durch die Agitation der rechten und monarchistischen Kräfte kommt es reihenweise zu Übergriffen, bei denen nicht nur Unbeteiligte, sondern auch Parlamentäre und ArbeiterInnen, die sich ergeben haben, erschossen, noch häufiger aber zu Tode geprügelt werden. Die Kämpfe dauern bis zum 11. Januar 1919 an.

Am 15. Januar 1919 werden dann Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Offizieren der Reichswehr gefangen genommen, gefoltert und schließlich ermordet. Mit Liebknecht verliert die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland einen charismatischen Agitator. Der Tod Rosa Luxemburgs bringt darüber hinaus auch eine brillante Verfechterin des Rätekommunismus und die intellektuell ernstzunehmende Gegnerin des autoritären Revolutionsmodell der Bolschewisten unter Lenin zum Schweigen.

## **Exkurs - Lehrlingsstreik in Hannover**

Nicht nur im Bereich der „großen Politik“ kommt es zu Umwälzungen, auch im Kleinen kommt es zu Veränderungen. Der „Geschmack der Freiheit“<sup>47</sup> schmeckt Vielen, besonders den jungen Leuten. Als Beispiel dafür kann der Streik der Lehrlinge für die Änderung der Schulzeiten genannt werden. Lehrlinge waren zu dieser Zeit im Prinzip Leibeigene ihres Meisters. Neben der Arbeit (mindestens acht Stunden an meist sechs Tagen) bestand Schulpflicht, nach der Arbeit an drei Tagen von 18 bis 21 Uhr. Dass dies nicht die Konzentration fördert, versteht sich von selbst.

So wird in Hannover von Heinz Dießelmann und Heini Schrader, nach einer Diskussion unter den Lehrlingen, im Rahmen eines Schulstreik das Tor der Schule besetzt. Einige Schüler schließen sich an, die meisten warten ab. Nach einiger Zeit wollen etliche Schüler in den Unterricht, größtenteils aus Angst vor Konsequenzen, andere nehmen den Streik zum Anlass, um Blau zu machen. Die beiden „Streikführer“ hingegen treffen sich mit dem Kollegium der Schule und machen ihre Positionen deutlich: Schule ja, aber nur noch während der Arbeitszeit, da die Lehrlinge auch etwas lernen und nicht vor Erschöpfung im Unterricht einschlafen wollen. Als Reaktion wird zuerst an den guten Willen der Schüler appelliert, dann gedroht, da die Lehrer nicht bereit sind, sich für die Lehrlinge einzusetzen. Daraufhin wird der Streik ausgeweitet – Delegierte an andere Schulen entsandt und am folgenden Schultag werden alle Berufsschulen bestreikt. Die Lehrling kommen zwar zur Schule, aber nur um einen Streikposten einzurichten.

Während von linker Seite die Aktion unterstützt wird – der Volkswille bringt positive Artikel – macht das bürgerliche Lager Sturm gegen die Unruhestifter. Ähnlich wie es SchülerInnen auch heute noch machen, wird versucht, die Öffentlichkeit mit Flugblättern und Diskussionen zu erreichen, allerdings mit mäßigem Erfolg.

In der dritten Streikwoche wird versucht, den Streik mit Gewalt zu brechen. Die Polizei wird eingesetzt, um die Streikposten zu vertreiben und ihnen gleichzeitig Vernunft einzuprügeln. Daraus folgt eine Straßenschlacht, in der die Schüler die Oberhand behalten. Letztlich zeigen der hartnäckige Widerstand Erfolg: die Schulzeit wird in die Arbeitszeit verlegt. Am Ende ist das Bedürfnis nach „Ruhe und Ordnung“ wichtiger, als den Willen der Lehrlinge zu brechen.<sup>48</sup>

## **Die Zeit nach der Revolution in Hannover**

### **Der Erwerbslosenausschuss**

Bereits am 23. November 1918 wird ein Demobilisierungsausschuss gegründet, der sich nach Heine um die Fragen der Wiedereingliederung der zurückkehrenden Soldaten inklusive Unterkunft und Verpflegung sowie der Verwertung des Militärmaterials kümmert. Daneben zeigt sich der Ausschuss auch für die Verwaltung der Arbeitslosen zuständig, unter anderem indem für den „Abtransport ortsfremder Arbeiter“ gesorgt wird.<sup>49</sup> Als Teil des Demobilisierungsausschuss wird eigens ein Erwerbslosenfürsorgeausschuss gebildet.

Trotzdem kann nicht verhindert werden, dass sich in der Zeit von der Jahreswende 1918/1919 bis Ende Februar 1919 die Arbeitslosenzahl fast verdoppelt. Dort fällt

die Agitation der eben erst gegründeten KPD-Ortsgruppe auf fruchtbaren Boden. Es bilden sich spontane Erwerbslosenausschüsse. Diese zwingen den Magistrat, sich immer wieder mit der Situation der Erwerbslosen auseinander zu setzen, neben den Anregungen von Arbeitsbeschaffungsplänen werden dabei auch allgemeinpolitische Themen und Fragen eingebracht.<sup>50</sup>

Nach Angaben von Heine stellt ein Treffen in der Stadthalle Anfang Januar 1919 den Höhepunkt dar. Dort kommen 3.000 Erwerbslose zusammen. Dort wird die Beteiligung der Erwerbslosen durchgesetzt. Sie wählen ein Gremium aus 20 Delegierten, die wiederum einen Ausschuss von 7 Personen bilden, welches dem Erwerbslosenausschuss zur Seite gestellt wird. Mit der Versammlung werden außerdem die Forderungen nach Erhöhung der Unterstützung und eine Änderung der Erwerbslosenfürsorgeverordnung verbunden, in der sich ähnliche Nettigkeiten fanden, wie sie heute mit Hartz IV durchgezogen werden.<sup>51</sup>

Wie so oft soll der Ausschuss letztlich in erster Linie als Blitzableiter dienen. Ihm wird weitgehende Bedeutungslosigkeit zuteil, da sich die Mitwirkung im Wesentlichen auf die Umsetzung der bestehenden Regelungen und nicht deren Änderung beschränkt. Zwar agitiert die linke Opposition innerhalb und mit Hilfe des Gremiums gegen Kapitalismus und die Gewerkschaftsführung. Bei Neuwahlen wird das 20er Gremium auch deutlich radikaler. Jetzt werden immer mehr allgemeinpolitische Forderungen, unter anderem gegen reaktionäre Studentenwehren, laut. Die Bedeutung verliert sich aber im Laufe des Jahres 1919, indem die schärfste Waffe eingesetzt wird: Nichtbeachtung.<sup>VIII</sup>

Wie im Erwerbslosenausschuss formiert sich die Opposition gegen SPD- und Gewerkschaftsbonzen<sup>IX</sup> im Laufe des Jahres 1919 langsam in Hannover. Als Zentren macht Boll neben der Arbeitslosenbewegung Großbetriebe – namentlich Hanomag, Conti und Körting – sowie die beiden relativ jungen Gewerkschaften der Holzarbeiter und der Eisenbahner aus.<sup>52</sup>

## **Unterstützung der Bayrischen Räterepublik**

Die linksradikal(er)e Opposition in Hannover ist zwar schwach, aber durchaus aktiv. Sie radikalisiert sich und mit ihnen ihre Parteien, USPD und KPD. Ein erstes Ereignis, mit dem Aufsehen erregt werden soll, ist die Unterstützung der am 7. April 1919 ausgerufenen Bayrischen Räterepublik. Es wird damit begonnen, einen

---

VIII Ein Schicksal, dass heutzutage den Montagsdemonstrationen und die Occupy-Bewegung zuteil wurde.

IX Bonze ist ursprünglich nichts anderes als eine abfällige Bezeichnung für die obere Funktionärschicht von Gewerkschaften und Parteien. In dieser Bedeutung wird der Begriff auch hier verwendet.

24-stündigen Generalstreik zu organisieren, mit dem die Sympathie zugunsten der revolutionären Ereignisse im Süden ausgedrückt werden soll. In den Betrieben werden Urabstimmungen durchgeführt. Die SPD versucht dies zu verhindern. Im Volkswillen wird laut Heine geschrieben, dass „Hannover nicht Bayern sei und die Bayern müssten sich zunächst selbst erst zurechtfinden [...]“.<sup>53</sup> Trotzdem kommt es bei Körting und Hanomag zu Abstimmungen, in denen sich für einen Streik ausgesprochen wird. Da dort die Maschinen abgestellt werden, kommt es laut Boll bei Conti aus Angst sogar zu einer Aussperrung.<sup>54</sup> Trotzdem bricht der als Generalstreik geplante Ausstand sehr schnell zusammen. Insbesondere, da die SPD-Führung über den eigentlich zahnlosen ASR mit der Verhängung des Ausnahmezustands droht, was wiederum die Durchführung von Standgerichten ermöglicht hätte.<sup>55</sup>

Das Experiment der Bayrischen Räterepublik wurde letztlich am 2. Mai 1919 durch die Reichswehr und Freikorps – ausgesandt vom bereits bekannten Bluthund Noske – blutig beendet. Während der Kämpfe in München wurde unter anderem Gustav Landauer – der zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr Teil der Räteregierung war – von den Freikorps verhaftet, angeschossen und anschließend zu Tode getreten. Bereits am 21. Februar 1919 war der erste Vorsitzende des Rates des Freistaat Bayerns, der USPDler Kurt Eisner, von dem rechtsradikalen Monarchisten und Mitglied der Thule-Gesellschaft<sup>x</sup> Anton von Arco ermordet worden. Ein Schicksal, dass mit ihm viele weitere unbekannte und bekannte Revolutionäre teilen.

## **Wilde Arbeitskämpfe in Hannover**

### **Bahnarbeiterstreik**

Im Sommer 1919 führen die Eisenbahner im gesamten Deutschen Reich Lohnkämpfe. In der noch jungen Gewerkschaft haben die etablierten Funktionäre und SPD-Oberer wenig Einfluss. Bedingt durch den Eindruck der Revolution sind die jungen Gewerkschaften zudem kämpferischer. Es kann schon fasst gesagt werden, wie immer agitiert die SPD mittels ihres Organs „Volkswillen“ dagegen und ruft zur Mäßigung auf, kann aber den Streik nicht verhindern. In Hannover wird von der Eisenbahner-Gewerkschaft am 5. Juli 1919 eine Urabstimmung durchgeführt. Boll verweist darauf, dass dies sogar gegen den Willen des Zentralverbandes stattfand.<sup>56</sup>

Als wichtiger Knotenpunkt ist ein Streik in Hannover gerade für den Transport von

---

X Die Thule-Gesellschaft war ein völkisch-esoterischer Geheimbund mit personellen Überschneidungen zu späteren NSDAP-Größen und klar antisemitischer Ausrichtung.

Truppen und Waren problematisch. Die Streikenden sichern zwar zu, dass der Transport von Lebensmitteln nicht behindert werden würde. Wesentlicher zu dieser Zeit ist aber die Verlegung von Truppen. Daher werden Studenten der Technischen Hochschule (TH)<sup>XI</sup> im Rahmen der paramilitärischen „Technischen Nothilfe“<sup>XII</sup> als Streikbrecher eingesetzt. Die kämpferischen Eisenbahner lassen sich dies verständlicherweise nicht gefallen und so droht laut Heine der kommandierende General in Hannover – also ein Militär, kein ziviler Beamter! – „[...] die Studierenden, die sich '...dankenswerterweise zur Durchführung der wichtigsten technischen Arbeiten zur Verfügung gestellt (hätten)' notfalls durch Truppen zu schützen.“<sup>57</sup> Tatsächlich soll der Streik „mit äußerster Härte“ geführt worden sein, laut Boll kam es sowohl zu „Provokationen“ gegen die Streikenden als auch zu Gegenmaßnahmen.<sup>58</sup>

Um den Worten des Generals Taten folgen zu lassen, werden auswärtige Soldaten zum Schutz der Streikbrecher und zur Aufrechterhaltung des Bahnverkehrs nach Hannover geschafft. Bereits zuvor wurden die Studentenbataillone mobilisiert, um ihre Kommilitonen der Technischen Nothilfe zu schützen. Die aufgebrachten Arbeiter versuchen die Truppen – möglicherweise Freikorps – zu entwaffnen, als sie am Bahnhof eintreffen. Es kommt zu Schießereien mit mehreren Toten. Die Menge stürmt daraufhin das Militärgefängnis, befreit Gefangene und verbrennt Gerichtsakten. Als Reaktion wird vom Generalkommando der Ausnahmezustand über Hannover, Linden und Leinhausen verhängt und die Zeitung der USPD verboten. Dies geschieht, um die wichtigen Bahnanlagen unter Kontrolle halten zu können.

Trotz des mit dem Ausnahmezustand verbundenen Verbots von Versammlungen werden immer wieder Kundgebungen, vor allem am Bahnhof, abgehalten. Dass dies nicht unbeachtet bleibt, versteht sich von selbst. Heine schreibt, dass nicht nur ein führender USPDler nach einer Rede verhaftet wird. Um die Menge vor dem Bahnhof auseinanderzutreiben, werden Bajonette und sogar ein Panzer eingesetzt. Dieser Umstand ruft auch bei der SPD-Basis großen Unmut hervor, so dass diese auf einer Mitgliederversammlung ihre Missbilligung mit großer Mehrheit zum Ausdruck bringt.<sup>59</sup>

Letztlich fällt der Streik in sich zusammen, als in Berlin der Zentralverband Vereinbarungen aushandelt. Zufälligerweise fast gleichzeitig mit der Verhängung des Ausnahmezustands in Hannover.<sup>60</sup>

---

XI Die Technische Hochschule Hannover wurde 1831 gegründet. 1968 wurde sie (u.a. durch die Zusammenlegung mit der pädagogischen Hochschule) zur Technischen Universität, bis sie 1978 nur noch Universität Hannover hieß. Im Jahr 2006 schließlich wurde die Hochschule „Leibniz Universität Hannover“ benannt.

XII Langer schreibt dazu: „Diese Organisation ist aus der Garde-Kavallerie-Schützendivision entstanden und lebt bis heute als Technisches Hilfswerk (THW) fort“ (Langer, 278)

## **Straßenbahnerstreik**

Am 30. Juli 1919 kommt es wieder zu einem größeren Streik, diesmal unter den Straßenbahnern. Der Arbeitskampf beginnt, als das technische Personal in einen eintägigen Wilden Streik tritt. In der Folge legt ab dem 3. August 1919 ein Großteil der Belegschaft die Arbeit nieder. Die Arbeitgeber reagieren mit Aussperrungen. Der Streik endet erst am 16. Oktober 1919 mit einem Schiedsspruch, der statt der geforderten Lohnerhöhung jedoch nur einen Inflationsausgleich bringt. Außerdem werden 150 Personen – Streikführer und Gewerkschafter – entlassen.<sup>61</sup>

### **Exkurs: Polizeieinheiten**

Die Polizei der Weimarer Republik entsprach zunächst personell wie organisatorisch weitgehend der Polizei des Kaiserreichs. In den Wirren kurz nach der Revolution wurden der Polizei nicht nur vielfach Delegierte der ArbeiterInnenräte als Kontrollinstanzen beigeordnet. Es wurden auch eigene Arbeiter- oder Volkswehren gegründet.

In Hannover wird die gut 200 bis 300 Mann starke Volkswehr aus Arbeitern bereits am 22. November 1918 der Polizei beigeordnet. Eine Integration in den Polizeiapparat wird von Seiten der Polizei verhindert. Mitte 1919 wird die Volkswehr still aufgelöst.

Eine andere Gruppe, die Militär-Polizei-Kommission, bestehen aus Soldaten und zunächst für die Ergreifung von Deserteuren und der Entwaffnung von Zivilisten zuständig, wurde dagegen im Mai 1919 in die Polizei eingegliedert. Aus ihr wurden die Kader zum Aufbau der „Grünen Polizei“, der Sicherheitspolizei (SiPo), rekrutiert.<sup>62</sup>

Die SiPo wurde als kasernierte Bereitschaftspolizei gegründet, deren Aufgabe vor allem die Niederschlagung von Aufständen und Unruhen sein sollte. Art und Aufstellung entsprechend waren diese Einheiten paramilitärisch. Ihre Bewaffnung umfasste neben Bajonett und Gewehr Maschinengewehre, Flammen- und Minenwerfer. Außerdem verfügte sie über gepanzerte Fahrzeuge. Wegen ihrer militärischen Ausrüstung samt grüner Jägeruniform und Stahlhelm wurde die SiPo von den alliierten Kontrollbehörden argwöhnisch als Umgehung des Versailler Vertrages zur Begrenzung der Armee betrachtet. Daher wurde die Sicherheitspolizei auf Drängen der Alliierten in die Schutzpolizei umgewandelt, was jedoch in erster Linie nur eine Änderung des Namens bedeutete.<sup>63</sup>



# Der Kapp-Putsch

Der sogenannte Kapp-Lüttwitz-Putsch begann am Morgen des 13. März 1920, als die im Umland von Berlin stationierte „Marinebrigade Ehrhardt“ in der Hauptstadt einmarschierte. Dabei trugen sie nicht nur die schwarz-weiß-roten Fahnen, sondern als ihr Markenzeichen bereits das Hakenkreuz am Stahlhelm. Die Putschisten erklärten die Regierung für abgesetzt und riefen den ostpreußischen Verwaltungsbeamten Kapp zum neuen Reichspräsidenten aus. Die gewählte Regierung aus SDP, Zentrum und DDP floh aus Berlin. Als Maßnahme zum Abwehr des Putsch wurde noch vor der Flucht von den SPD-Ministern ein Aufruf zum Generalstreik abgegeben.

Dem Putsch vorangegangen waren Versuche von Seiten der Regierung, die Freikorps zu entwaffnen. Dabei hatte insbesondere der General Lüttwitz sich energisch gewehrt und Ultimaten zurückgewiesen, teilweise mit der offenen Drohung eines Putsch. Tatsächlich waren Freikorps-Truppen und auch Einheiten der Reichswehr in der ganzen Republik eingeweiht. Könnemann und Krusch schreiben dazu: „Zahlreiche Militärbefehlshaber der Reichswehr stellen sich sogar offen auf die Seite von Kapp und Lüttwitz. Es handelt sich hierbei um kommandierende Generale, denen Truppen in größeren Territorien unterstanden, wie Estorff (Ostpreußen), Schmettow (Schlesien), Bernuth und Lettow-Vorbeck<sup>XIII</sup> (Norddeutschland), Grodeck (Mitteldeutschland), Hülsen (Potsdam und Umgebung) sowie Hagenberg (Thüringen).“<sup>64</sup> Im Ruhrgebiet fanden Arbeiter, die Freikorps entwaffnen, vorbereitete Plakate und Flugblätter, auf denen die Regierung als abgesetzt erklärt wird. Die Reichswehr hielt sich – soweit sie sich nicht am Putsch beteiligte – zurück: „Truppe schießt nicht auf Truppe“, antwortete der Kommandant der Reichswehr, Georg Maercker, der Regierung, als diese das Eingreifen zu Gunsten der Republik forderte. Einzig in Südwestdeutschland kam es nicht zum Putsch. Dort standen die Kommandanten auf Seiten der Republik. Daher floh die Regierung auch über Dresden weiter nach Stuttgart, da unklar war, auf welche Seite sich das in Dresden stationierte Militär positionieren würde.

Anstelle der „Institutionen der ArbeiterInnenklasse“ reagierten die ArbeiterInnen selbst. In der ganzen Republik wurde die Arbeit niedergelegt und sogar die BeamtenInnen folgten dem Aufruf zum Generalstreik. Nur in den von Großbritannien, Frankreich und Belgien besetzten Gebieten westlich des Rheins und in Ostpreußen kam es nicht zum Streik. Die Führung der KPD in Berlin unterstützte zunächst ex-

---

XIII Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964) nahm als deutscher Offizier an der Niederschlagung des Boxeraufstands in China und am Völkermord an den Herero und Nama in Namibia teil. Bis 1930 Mitglied der DNVP. In Hannover-Badenstedt ist immer noch eine Straße nach ihm benannt. Eine Umbenennung ist zwar beschlossen, aber nicht umgesetzt.

plizit nicht den Streik, sondern rief zunächst zum Abwarten auf. Rudolf Rocker fasst diese schwankende Haltung der Berliner Parteispitze zusammen: „Deren Zentralorgan, Die Rote Fahne, von der noch am Morgen vor dem Putsche einen Nummer herauskam, erklärte, daß die kommunistische Partei keinerlei Interesse habe, die Bauer-Noske-Republik zu verteidigen, und daß sie ruhig die Zeit des Handelns abwarten sollte“<sup>65</sup>. Für die Funktionäre war dies eine Auseinandersetzung zwischen Bürgerlichen, ganz davon abgesehen, dass es nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse sei, die (kapitalistische) Republik zu verteidigen. Erst am 15. März, als die Basis bereits seit zwei Tagen den Generalstreik angetreten hatte und sich aktiv gegen den Putsch wehrte, wurde ebenfalls zu Generalstreik und Revolution aufgerufen.

## **Die Ereignisse um den Kapp-Putsch in Hannover**

Die hannoverschen ArbeiterInnen nehmen dabei Entscheidungen von Regierung und Organisation vorweg. Boll schreibt, dass „[...] bereits auf die ersten gerüchteähnlichen Meldungen der Morgenzeitungen des 13. März 1920 einige Betriebe spontan, ohne Befragen der lokalen Partei- und Gewerkschaftsführungen die Arbeit niedergelegt hatten [...]“<sup>66</sup>. Ebenfalls spontan wird am Vormittag ein Aktionsausschuss gebildet, der die Streikleitung und weitere Aktionen koordinieren soll. Er besteht laut Boll aus sechs SPD-Mitgliedern, vier USPD-Angehörigen und zwei Personen der KPD.<sup>67</sup> Obwohl auch die DDP den Generalstreik unterstützt, ist diese nicht im Aktionsausschuss vertreten.

Innerhalb der bürgerlichen Parteien und Organisationen kommt es zu unterschiedlichen Reaktionen. Der Magistrat stellt sich sofort auf Seiten der Republik und gibt am 14. März eine Erklärung ab:

„Durch einen Militärputsch ist die Regierung Bauer gezwungen worden, Berlin zu verlassen. Abgedankt hat sie nicht! Sie erfüllt die Aufgaben weiter, zur Zeit in Dresden. Auch die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung bestehen fort! Die Reichsverfassung und die vorläufige Preußische Verfassung sind noch in voller Geltung. Der Magistrat kann deshalb nur den Anordnungen der verfassungsmäßig gebildeten Regierungen des Deutschen Reiches und Preußen Folge leisten. Von der Militärdiktatur Kapp Befehle anzunehmen, lehnt der Magistrat ab. Die Stadtverwaltung hat an ihrem Teil, einsichtig unterstützt von der gesamten Bevölkerung, bisher das Wirtschaftsleben und die Lebensmittelversorgung der Stadt aufrecht erhalten können, soweit das unter den furchtbaren Nachwirkungen des verlorenen Krieges überhaupt möglich war. Der Magistrat erbittet in diesen tief-ernsten Tagen die besondere Mitwirkung aller Bevölkerungskreise, damit auch weiterhin der geordnete Gang des Wirtschaftslebens und unsere Lebensmittelversorgung gesichert bleiben.“<sup>68</sup>

Von den Parteien sind insbesondere die Deutsch-Nationale Volks-Partei (DNVP)

und die Deutsche Volks-Partei (DVP) für die Putschisten. Arndt weist darauf hin: „Die Deutschnationalen waren nicht nur bereit gewesen, die neue Regierung zu tolerieren, sie stellen sogar Minister im Kabinett von Kapp. Auch die Deutsche Volkspartei unter Stresemann hat nicht von Anfang an der neuen Regierung ablehnend gegenüber gestanden.“<sup>69</sup> In der Zeitung der SPD wird für das Verhalten der beiden Parteien später dazu auch ein einleuchtender Grund genannt: „Sie sind ja auch die Hintermänner der Kapp-Revolution.“<sup>70</sup>

Es herrscht Unruhe in der Stadt. Nach Boll wurde der Aufruf zum Streik von den rechtsgerichteten bürgerlichen Kräften „[...] überwiegend als illegal oder zumindest gefährlich und als Vorstufe zum 'Bolschewismus' angesehen, gegen den man sich zur Wehr zu setzen hatte.“<sup>71</sup> Der Putsch gegen die gewählte Regierung wird dagegen mit der Novemberrevolution verglichen, die sich ja gleichermaßen gegen eine rechtmäßige Regierung gerichtet hätte. Demgegenüber steht die Befürchtung der SPD, dass eine Bewaffnung der ArbeiterInnen gerade erst die noch unentschlossenen Teile der Reichswehr in die Arme der Putschisten treiben und die Militärdiktatur wirklich herbeiführen werde. Ganz davon abgesehen wäre eine Vollendung der Revolution ebenfalls nicht im Sinne der SPD-Führung gewesen, die sich ja gerade erst mit dem Bürgertum arrangiert hat. Es verwundert daher nicht, dass am Ende des Putsch von Kapp-Lüttwitz die SPD-Minister nichts mehr davon wissen wollten, dass sie zum Generalstreik aufgerufen hatten.<sup>72</sup>

Die Armee in Person des Oberkommandierenden General von Hülsen wartet nicht ab, wie sich die Situation entwickelt, sondern ergreift noch am 13. März 1920 diverse Maßnahmen. Streikversammlungen und Demonstrationen werden untersagt. Außerdem werden Vorkehrungen getroffen, um einen imaginierten kommunistischen Putsch abzuwehren: „Die Bürgerwehr wurde aufgeboten, das Studentebataillon wurde bestimmt, den Bahnhof [und die Post] zu besetzen, und das Artilleriedepot abgesperrt und die Brücken zwischen Linden und Hannover militärisch besetzt.“<sup>73</sup>

## **Auseinandersetzungen mit den Studentebataillonen**

Um das Demonstrationsverbot zu umgehen, flanieren am Sonntag den 14. März 1920 zwischen 20.000 und 25.000 ArbeiterInnen in der Herrenhäuser Allee. Sie folgen dem Aufruf der Streikleitung gefolgt und sammeln sich zunächst in den Betrieben. Diese Versammlung der ArbeiterInnen bleibt friedlich und wird von der mobilisierten Sicherheitspolizei (SiPo) nicht angegriffen. Trotzdem kommt es zu einem schweren Zwischenfall, als ArbeiterInnen auf ihrem Rückweg am Königsworther Platz auf ein Studentebataillon treffen. Dieses befindet sich auf dem Rückweg von der Kaserne und führt neben Handwaffen, Gewehren und Handgranaten auch ein Maschinengewehr mit sich. Den ArbeiterInnen gelingt es, dem Ba-

taillon diese Waffen abzunehmen. Aus der Technischen Hochschule kommen darauf drei weitere Trupps zur Hilfe, ziehen sich aber angesichts der Übermacht der ArbeiterInnen wieder mit ihren Leuten in die Hochschule zurück. Bei den darauffolgenden Auseinandersetzungen kommt es auch zu Schußwaffengebrauch, als es den ArbeiterInnen gelingt, in die Räumlichkeiten der Hochschule zu gelangen. Erst die Ankunft der SiPo entschärft die Situation und die Studenten rücken zum Bahnhof ab. Dort wurden sie ebenfalls wieder von einer Menge bedrängt, die auch von gut 600 SiPos nicht gänzlich unter Kontrolle gehalten werden konnte. Bei der Flucht der Studenten per Zug aus dem Bahnhof feuern diese noch in die Menge und töten dabei eine Person. Letztlich sind die Studentenbataillone, genauso wie die Bürgerwehren, von der sofortigen und entschlossenen Reaktion der hannoverschen ArbeiterInnen überrascht.<sup>74</sup>

Die SiPo spielt in den Auseinandersetzungen in Hannover eine dubiose Rolle. Sie greift von sich aus die ArbeiterInnen nicht an. Sie ist vielmehr darauf bedacht „Ruhe und Ordnung“ zu bewahren und greift in erster Linie bei den Konflikten mit Bürgerwehren und Studentenbataillon ein. Gleichzeitig verhindert sie teilweise erfolgreich auch die Bewaffnung größerer und vor allem radikalerer Teile der ArbeiterInnen. Bei den Hausdurchsuchungen, die aufgrund von Gerüchten über versteckte Waffenlager durchgeführt werden, werden keine Waffen gefunden.

## **Bewaffnung der Arbeiter?**

Seit der Novemberrevolution befinden sich im Gewerkschaftshaus am Steintor einige hundert Gewehre. Diese sollen auch nach dem Willen der ArbeiterInnen und unter dem Eindruck des Verhaltens der Studentenbataillon dazu genutzt werden, eine bewaffnete Arbeiterwehr zu bilden. Es wird trotz der Bedenken der SPD bezüglich einer Militärdiktatur vom Aktionsausschuss begonnen, die am Gewerkschaftshaus versammelten ArbeiterInnen mit Roten Armbinden auszustatten und zu bewaffnen.

Boll verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die SPD, in Person der Arbeitersekretäre May und Lau, zu diesem Zeitpunkt eigenmächtig mit der preußischen Verwaltung über die Bildung einer Arbeiterwehr verhandelt. Diese Verhandlungen führen, trotz des Angebots der SPD, den Aktionsausschuss zu verlassen, nicht zum gewünschten Erfolg und die SiPo verhindert schließlich die Bildung einer Arbeiterwehr. Durch die Masse der ArbeiterInnen, für die das Gewerkschaftshaus einen wichtigen Sammelpunkt bildet, wird andererseits verhindert, dass die dort lagernden Gewehre von der SiPo abtransportiert werden können.<sup>75</sup>

Auch die KPD, oder zumindest ein Teil der Partei, hält sich nicht an die Aktions-einheit. Sie führt, entgegen der Entscheidung der Streikleitung, am 15. März 1920

eine Kundgebung am Klagesmarkt durch, in deren Folge es zu einer Demonstration kommt. Die Forderungen sind deutlich radikal und vom Willen zur Vollendung der Revolution getragen. Unter anderem wird die Bewaffnung der ArbeiterInnenschaft, die Einsetzung von politischen Kommissaren in der Verwaltung, die Freilassung politischer Gefangener sowie die Entwaffnung der Studentenbataillon und der Bürgerwehren gefordert. Als die Demonstration den Waterloo erreicht, wartet bereits die SiPo und treibt die Menge mit Maschinengewehren und Bajonetten auseinander. Die aufgebrachte Menge stürmt daraufhin das Gewerkschaftshaus, um sich zu bewaffnen.<sup>76</sup>

Vollends chaotisch wird die Situation, als das Hindenburg-Bataillon<sup>XIV</sup> in Hannover ankommt und in die Stadt in Richtung Gewerkschaftshaus marschiert. Von den ArbeiterInnen wird dies als Versuch angesehen, die Gegenwehr der ArbeiterInnen militärisch zu zerschlagen. Gerade erst bewaffnet stellen sie sich den Soldaten entgegen. Am Nikolai-Friedhof entwickelt sich darauf hin ein größeres Gefecht, in dessen Verlauf sechs Arbeiter getötet werden. Der Rest zieht sich zurück und die Truppen „säubern“ das Gebiet.<sup>77</sup>

## Der Welfenputsch

Eine hannoversche Besonderheit ist die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) und ihre Freiwilligenverbände. Die DHP ruft bereits 1919 ihre Unterstützer auf, sich in Bürgerwehren zu engagieren. Außerdem steht das Freikorps „Hannoversche Legion“ auf Seiten der DHP. Ziel der DHP ist die Restaurierung der hannoverschen Monarchie und die Loslösung von Preußen. Während des Kapp-Putsch versucht sie, diese Position im „demokratischen“ Aktionsausschuss, an dem auch SPD, USPD, Zentrum und DDP beteiligt sind, unter Verweis auf die noch nicht geltende Preußische Verfassung durchzusetzen, was jedoch im Wesentlichen von der SPD unterlaufen wird. Obwohl selbst monarchistisch und konservativ ausgerichtet, steht die DHP nicht auf Seiten der Putschisten, weil diese für sie das verhasste Preußen verkörpern. Von daher versucht die DHP ihr Glück und beginnt den sogenannten Welfenputsch. Bereits im Vorfeld hatten USPD und DDP signalisiert, dass sie einer Eigenständigkeit Hannovers innerhalb des Deutschen Reichs unter demokratischer Verfassung nicht entgegenstehen werden. Allein die SPD ist nicht zur Ausrufung eines unabhängigen Hannovers bereit. Um sie umzustimmen, wird angeboten, dass Leinert der erste Ministerpräsident der Hannoverschen Republik werden könnte. Auf eine Reaktion wird dann jedoch nicht mehr gewartet. Am Abend des 15. März besetzt die DHP mit zwei Kompanien der Hannoverschen Legion das Stadtschloss.

---

XIV Vermutlich das ehemalige Freikorps Hindenburg, das in der Reichswehrbrigade 10 aufging, das dem Generalkommando des X. Armeekorps in Hannover unterstellt war (vgl.: Könnemann/Krusch, 187)

Da die Pläne für einen weiß-gelben Welfenputsch jedoch nicht geheim geblieben sind, werden die Kompanien umgehend von der SiPo entwaffnet und wieder aus dem Schloss vertrieben.<sup>78</sup>

## Das Ende des Putsch

Angesichts dieser beiden Ereignisse verwundert es nicht, dass sich am nächsten Tag, dem 16. März 1920, wieder ArbeiterInnen am Gewerkschaftshaus sammeln. Gerüchten zur Folge sollen sie sogar mit zehn Maschinengewehren bewaffnet sein. Diese Aktion hätte weiteres Blutvergießen hervorgerufen, wenn nicht Oberbürgermeister Leinert mit Verhandlungen eine Art Waffenstillstand mit der SiPo erreicht hätte. Ihm ist es laut Boll auch zu verdanken, dass die ArbeiterInnen nicht entwaffnet werden.<sup>79</sup>

Der Putsch selbst bricht am 17. März 1920 aufgrund des Generalstreik und des dilettantischen Vorgehens der Putschisten in sich zusammen. Die meisten Verantwortlichen fliehen, kehren größtenteils aber nach kurzer Zeit wieder zurück und werden Dank einer Amnestie auch nicht mehr wegen des Putsches belangt. In Hannover wird der Streik bei einer Funktionärsversammlung mit 3.000 zu 100 Stimmen für beendet erklärt. Die Arbeit wird am 19. März wieder regulär aufgenommen.<sup>80</sup>

Im Laufe der Auseinandersetzungen sind zehn Menschen auf Seiten der ArbeiterInnen ums Leben gekommen: Ernst Fraatz (Arbeiter), August Gömann (Schuhmachermeister), Wilhelm Persum (Metallarbeiter), Joseph Gemeindner (Arbeiter), Albert Schmidt (ohne Angabe), Wilhelm Hartig (Sattler), Franz Herbes (ohne Angabe), F. Gerick (ohne Angabe), Ernst Husmann (Unterassistent), Johannes Böttcher (Student). Diese werden am 21. März 1920 unter großer Anteilnahme der ArbeiterInnen auf dem Stöckener Friedhof beerdigt. Ein nach Gewerkschaften geordneter Zug geleitet die Särge vom Klagesmarkt in einer Trauerdemonstration.<sup>81</sup>

In Folge des Kapp-Putsch passiert in Hannover nicht viel. Die Obersten des Militärs bleiben unangetastet. Selbst die aktiv am Putsch beteiligten Truppen werden – im Gegensatz z.B. zu den aufständischen ArbeiterInnen der Roten Ruhrarmee – freigesprochen. In Hannover wird allein der für die Polizei zuständige Oberpräsident von Richter ersetzt. An seine Stelle tritt Gustav Noske, der als „zuverlässiger Genosse“ bereits an der Niederschlagung der ArbeiterInnenschaft in Berlin beteiligt war.<sup>XV</sup> Noske ist auch in der SPD unbeliebt und so kommt es sogar im wenig progressiven hannoverschen Verband zu Protest, der aber wenig wirksam ist: „Ob-

---

XV Dies geschieht aber vermutlich eher, um Noske elegant loszuwerden, als dass Richter sich etwas hätte zu Schulden kommen lassen.

wohl Funktionäre seiner eigenen Partei in Hannover gegen seine Ernennung zum Oberpräsidenten mit dem Einwand protestierten, 'Noske ist für die hannoverschen Arbeiter nicht tragbar', blieb er, bis Hermann Göring ihn Mitte Februar 1933 in Pension schickte.<sup>482</sup>

## **Das hannoversche Umland während des Kapp-Putsch**

Außerhalb der Stadt streiken die ArbeiterInnen nicht nur, sondern gehen erfolgreich zur Gegenwehr über. Begünstigt durch die Abwesenheit von Militär und SiPo, entwaffnen ArbeiterInnen die von den Bauern gebildeten Bürgerwehren. Reuter gibt ein Zeitzeugeninterview wieder: „Beim Kapp-Putsch war übrigens hier eine Rote Armee in Miniatur, wir hatten den Bauern, die hatten die Waffen, die ... haben wir den Bauern weggeholt, auch Maschinengewehre. Dann hatten wir hier mehrere Kompanien und versuchten, nach Hildesheim zu marschieren. ... Jedenfalls waren wir bewaffnet und die Orgesch<sup>XVI</sup> kam von Hildesheim und rückte hier an – ein paar in Sehnde machten Revolution – ... ein Teil der Leute wurde fürchterlich geschlagen... So ging der Kapp-Putsch hier ohne große Revolution zu Ende.“<sup>483</sup>

### **Ereignisse in Hildesheim**

In Hildesheim wird dem Putsch in gleicher Weise begegnet wie in Hannover. Die konservativen Kräfte mobilisieren eine Bürgerwehr, die linken Parteien und die freien Gewerkschaften bilden einen Aktionsausschuss, dem sich einen Tag nach Beginn des Putsch auch die christlichen Gewerkschaften anschließen. Die gesamte Situation bleibt friedlich.

Am Montag, 15. März 1920, spitzt sich auch in Hildesheim die Lage zu. Eine Menge stürmt das Landratsamt und bemächtigt sich der Waffen. Eine Abordnung aus Sarstedt zieht darauf hin bewaffnet ab und trifft bei Hasede auf Soldaten, ein Bataillon Goslarer Jäger. Es kommt zu Auseinandersetzungen, in dessen Verlauf zwei Pferde ihr Leben lassen und die Abordnung gefangen genommen wird.

Das Jägerbataillon nimmt Quartier in der Bahnhofskaserne. Die Offiziere des Bataillons geben an, dass sie den Auftrag hätten, die Einwohnerwehren zu entwaffnen. Im Laufe des Tages werden fünf Soldaten – Offiziere, Waffenmeister und ein

---

XVI Tatsächlich vermutlich das aus Hildesheim abrückende Goslarer Jägerbataillon – siehe Kapitel: „Die Ereignisse in Hildesheim“. Die Orgesch, Abkürzung für Organisation Escherich, wurde von Georg Escherich, Franz von Epp und Ernst Röhm erst am 9. Mai 1920 ins Leben gerufen. In ihr versammelten sich viele Freikorps und rechte Frontkämpferorganisationen (z.B. der Stahlhelm).

Leutnant – im Gewerkschaftshaus festgesetzt und gegen die gefangenen Sarstedter ausgetauscht. Die Lage ist angespannt und am nächsten Tag kommt es an einem vorgeschobenen Posten zu Eskalation, wie Arndt beschreibt: „Bereits vor 9 Uhr hatten sich dort sehr viele Neugierige eingefunden, die die Soldaten provozierten, verhöhnten und, besonders Jugendliche, durch lautstarke Worte reizten. Als es sogar zu tätlichen Angriffen kam, verlangten die Jäger, um weitere Anpöbelungen und Bedrohungen zu entgegnen, die umgehende Räumung der Straße. Da dieser Aufforderung nicht sofort entsprochen wurde, feuerten die Jäger mit einem Maschinengewehr in die Menge. Sechs Tote und 22 Verwundete belieben auf der Straße zurück. [...] Es fällt auf, daß keine der Zeitungen von Warnschüssen spricht.“<sup>84</sup>

Die Lage bleibt angespannt. Die Wut der ArbeiterInnen richtet sich dabei vor allem gegen den Oberbürgermeister. Auch die Einwohnerwehr, welche unbrauchbar gemachte Waffen aus dem Gewerkschaftshaus in die Kaserne transportieren sollte wird von aufgebrachten ArbeiterInnen angegangen. Von Seiten des Militärs wird auf die Abgabe der noch vorhandenen Waffen gedrängt und mit Hausdurchsuchungen gedroht.

Auch als das Ende des Putsch bekannt wird, beruhigt sich die Lage nicht. Die Gewerkschaften beschließen am Abend des 18. März, den Streik solange weiter zu führen, bis das goslarsche Militär abgezogen ist. Der Streik wird erst am Morgen des 20. März beendet, nachdem das Jägerbataillon in der Nacht ausgerückt ist. Arndt erwähnt in diesem Zusammenhang, „[...] daß sich 1.000 Kanalarbeiter aus Sehnde im Anmarsch auf Hildesheim befänden, um das Militär zu vertreiben“<sup>85</sup>

Ebenso wie in Hannover werden die Opfer des Auseinandersetzungen unter großer Anteilsnahme der Bevölkerung auf Kosten der Stadt beerdigt.

## **Die anhaltenden Auseinandersetzung im Ruhrgebiet**

Damit waren die Auseinandersetzung in Deutschland noch nicht beendet, im Ruhrgebiet wurde weiter gekämpft. Dort hatten ArbeiterInnen eine Rote Armee gebildet, Freikorps sowie Polizei entwaffnet und faktisch die Macht übernommen. Teilweise wurde auch mit der Umsetzung von Forderungen der ArbeiterInnen nach Beginn der Sozialisierung der Schwerindustrie sowie der allgemeinen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingung begonnen. Auch eine Ausweitung der Kämpfe wurde versucht, in dem die Rote Ruhrarmee nach der Befreiung des Reviers von Freikorps und anderem Militär sich in Richtung des Bergischen Lands und nach Westfalen wandte.

Zusammen mit den bürgerlichen Kräften und natürlich dem rechten Lager befürchtete auch die SPD-Führung, dass dieser Versuch, die Revolution von 1918 doch noch zu vollenden, Nachahmung finden könnte. Daher wurden Reichswehr und

Freikorps mobilisiert, jetzt gegen die aufständischen ArbeiterInnen vorzugehen – Freikorps, die einige Tage zuvor noch auf Seiten der Putschisten standen, selbst über den Einsatz der Brigade Erhardt wird nachgedacht!

Im Bielefelder Abkommen wurden den ArbeiterInnen am 24. März 1920 unannehmbare Bedingungen auferlegt. Die KPD nahm an den Verhandlungen zunächst teil, verließ die Gespräche aber vor der Unterzeichnung aus Protest. Angesichts des gescheiterten Putsch wurden nun wieder die Risse in der Einheitsfront deutlich: „Während die Hagener Zentrale auf die Einhaltung des Abkommens bestand, wollte die Leitung in Mülheim den Kampf mit allen Mitteln fortsetzen. Am 27. März entschied der Zentralrat in Essen die Durchsetzung der Kampfeinstellung auch gegen den Willen einzelner Kampfleiter. Ein Waffenstillstandsangebot wurde an die Regierung gesandt, welches mit einem Ultimatum zur Waffenabgabe und Auflösung der Vollzugsräte bis zum 30. März bei Androhung vom Einmarsch der Reichswehr beantwortet wurde.“<sup>86</sup>

Das Ultimatum wurde am 31. März nochmals bis zum 2. April verlängert. Bevor aber die Forderungen der Regierung von den ArbeiterInnen im Ruhrgebiet auch nur im Ansatz erfüllt werden konnten, marschierten Truppen der Reichswehr und Freikorps am 1. April in das Ruhrgebiet ein und richteten ein Blutbad an.

Mit dabei waren Studentenwehren aus Münster, Göttingen und Hannover, die hier blutige Rache für ihre Niederlage während des Kapp-Putsch nahmen. Auch in anderen Teilen Deutschlands kam es zu „Säuberungen“, an denen insbesondere die „Zeitfreiwilligen“<sup>XVII</sup> und Studentenbataillone beteiligt waren. Hier nur zwei weitere Beispiele: Aus Bad Tahl bei Gotha wird von einem Massaker durch ein Marburger Studentenbataillon<sup>XVIII</sup> an 15 Arbeitern berichtet. „Am Morgen des 25. März marschierten die Marburger mit ihren 15 Gefangenen, die die Arme ständig über dem Kopf erhoben tragen mussten, in Richtung Gotha ab, [...] auf einer Marschstrecke von etwa einer halben Stunde wurden alle Gefangenen 'auf der Flucht' erschossen.“<sup>87</sup> In Sömmerda wurden über 200 Arbeiter von Reichswehr und Zeitfreiwilligen im Ratshauskeller misshandelt – viele durch Kolbenschläge ermordet.<sup>88</sup>

Der letzte Widerstand gegen die wütende Meute aus Reichswehr, Freikorps und Freiwilligenverbänden fand im Vogtland unter Führung von Max Hoelz statt. Aber auch hier brach der Widerstand unter der Übermacht zusammen: „Am 13. April 1920 marschiert die Reichswehr mit 20.000 Mann ins Vogtland ein. Bis zum 17. April wird gekämpft, dann versuchen die Rebellen, in kleinen Trupps über die tschechische Grenze nach Böhmen zu entkommen. Auch Höltz gelingt die Flucht.“

---

XVII Die Zeitfreiwilligen stellen eine Mischung aus Bürgerwehr und Freikorps dar und werden später auch dazu benutzt, die Begrenzung der Reichswehr auf 100.000 Soldaten zu unterlaufen.

XVIII Marburg ist auch heute noch eine Hochburg der Verbindungsstudenten.

Auf ihn ist ein Kopfgeld von 30.000 Mark ausgesetzt.<sup>89</sup>

## Exkurs Studentenwehr

Studierende spiegeln immer die Gesellschaftsschicht wieder, aus der sie entstammen. Entsprechend war die Mehrzahl der Studierenden zwischen 1918 und 1923 eher konservativ-nationalistisch als liberal oder gar revolutionär. Das Vorurteil, dass Hochschulen die Kadenschmiede für linksradikal Denkende seien, stammt erst aus dem Ende der 1960er Jahren.

Hannover macht da keine Ausnahme. Vielmehr scheint Hannover besonders weit vorne zu sein, was die reaktionäre Einstellung unter den Studenten angeht. Besonders macht sich dies in der Spätphase der Weimarer Republik und dem Beginn des Nationalsozialismus bemerkbar, als insbesondere Studierende als treibende Kraft für nationalistische und antisemitische Politik in Erscheinung treten. Aber auch in der Frühphase der Weimarer Republik zeigt sich die nationalkonservative bis völkische Einstellung der Studierenden. Die antisemitischen Angriffe auf Theodor Lessing nach seiner Anklageschrift gegen die Polizei im Fall Haarmann sind nicht der erste offene Ausdruck der völkischen Gesinnung.<sup>XIX</sup> Torgau verweist darauf: „Schon im November 1919 beschlossen die Studierenden an der TH, ihre jüdischen Kommilitonen aus dem Studentenverband auszuschließen.“<sup>90</sup>

Entsprechend wird auch die Novemberrevolution abgelehnt. „Doch die Studenten des Deutschen Reiches und Hannovers haben sich nicht nur auf verbalen Protest gegen die Novemberrevolution und ihre Folgen beschränkt.“ Brügge und Valon fassen die Einstellung gut zusammen. „Um Deutschland, wie sie meinen, gegen die Gefahr einer Bolschewistischen Revolution zu verteidigen, kämpfte die Studentenschaft – in ihrer Mehrzahl aktive Offiziere und Soldaten des Ersten Weltkrieges – mit der Waffe in der Hand als Einzelpersonen in Freikorps oder auch als geschlossene Studentenformationen auf der Seite der Konterrevolution.“<sup>91</sup>

In Hannover werden bereits am 21. März 1919 zwei Studentenbataillone gebildet, die sich aus Studenten der Technischen Hochschule und der Tierärztlichen Hochschule Hannover zusammensetzen. Zu diesem Zeitpunkt ist beinahe die absolute Mehrzahl der Studierenden in Studentenvereinigungen, Burschenschaften und Corps organisiert. Daher können Brügge und Valon Namen von Verbindungen, die sich an der Niederschlagung der Roten Ruhrarmee beteiligen, nennen: „Die Corps im WSC (Weinheimer Senioren-Convent) Hannovera, Saxonia, Ostfalia, Alemannia; die katholischen Studentenvereine im KV (Kartellverband der Katholischen Studentenvereine Deutschlands) Gothia; Rhena-Guestephalia, Grotenburg; die

---

XIX Lessing stellt die These auf, dass Haarmann lange von der Polizei gedeckt wird, da er für sie als Spitzel tätig war.

Turnerschaft im VC Armino-Hercynia; die Akademische Ruderverbindung Angaria; der VDst (Verein Deutscher Studenten) im Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten.<sup>92</sup>

Dass es sich nicht um harmlose Schützenvereine oder Veteranenverbände handelt, zeigt sich in der immer wiederkehrenden Forderung der ArbeiterInnenschaft nach Auflösung der Verbände. Laut Angaben des Volkswillen vom 1. April 1919 sollen die Studentenbataillone über mehr als 800 Gewehre, 20 Maschinengewehre und 16 Minenwerfer (also neben schweren Waffen auch Artillerie!) samt Munition verfügen.<sup>93</sup> Eingesetzt werden die Studentenbataillone zum ersten mal im April während des Solidaritätsstreik zur Unterstützung der Bayrischen Räterepublik, als sie den Bahnhof schützen sollen. Außerdem, wie bereits beschrieben, während des Bahnarbeiterstreiks im Juli 1919 und während des Kapp-Putsch.<sup>94</sup>

Interessant ist, dass trotz dieser Belege Vertreter der SPD im Volkswillen den Studenten eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen. Dort heißt es als Zusammenfassung eines Gesprächs mit Vertretern der Studenten, die im März 1920 nach den Ereignissen an der TH und dem Bahnhof stattgefunden haben: „[...] politische Tendenzen leiten die Studentenschaft nicht“.<sup>95</sup>

## Der Mitteldeutsche Aufstand

Die Auseinandersetzungen im März 1921 im Gebiet des Mansfelder Lands und im Industriegebiet um Leuna bei Halle – der Mitteldeutsche Aufstand – hatte im Wesentlichen zwei Ursachen. Zum einen befand sich hier eine Kernzelle der revolutionären ArbeiterInnen, wie das „Gegen das Vergessen-Team“ nicht ein wenig zu euphemistisch zusammenfasst: „Mitteldeutschland war so ziemlich das letzte Gebiet, in dem die Konterrevolution sich Anfang 1921 noch nicht durchgesetzt hatte. Hier bestand in den Betrieben noch weitestgehend Autonomie, die sich gegen jede Ausbeutungshierarchie zu wehren verstand. Hier war die VKPD, die aus USPD und KPD entstandene vereinigte KPD, die stärkste Partei. Auch die Kommunistische Arbeiter Partei Deutschland (KAPD) hatte viele AnhängerInnen. Das ganze Industriegebiet (Leuna-Chemie-Werke bei Halle, Mansfelder Kohlenbergbau) war erst während des 1. Weltkrieg hochgezogen worden. Ähnlich wie im nördlichen Ruhrgebiet war der Einfluß des traditionellen Arbeiterreformismus äußerst gering.“<sup>96</sup> Zum Anderen hatte die VKPD durch einen von Moskau erzwungenen Wechsel eine neue Offensiv-Strategie, die sich in der „Märzaktion“ manifestieren sollte. Dabei sollte ein Aufstand der Initialfunke sein, der in ganz Deutschland dann eine revolutionäre Situation schaffen sollte.

Bereits Anfang Februar wurde der Einsatz des Werkschutz verstärkt. Offiziell, um den angebliche drastisch zunehmenden Plünderungen von Rohstoffen zu unterbin-

den. Die ArbeiterInnen traten darauf hin in Streik. Der Innenminister Carl Severin wies am 19. März 1921 den Polizeipräsidenten Hörsing an, als Reaktion Einheiten der ehemaligen Sicherheitspolizei, jetzt Schutzpolizei, in das mitteldeutsche Revier zu entsenden. Laut Gebhardt gab die Regierung später zu, dass es keine Massen-diebstähle gegeben hat.<sup>97</sup>

Als Reaktion auf den Einmarsch der Polizeieinheiten wurden wieder Arbeiterwehren gebildet und insbesondere der in Mitteldeutschland bereits legendäre Max Hölz sorgte mit seinen Einheiten für einige schwere Auseinandersetzungen. Hölz war als unorthodoxer und dadurch überaus erfolgreicher militärischer Anführer bekannt. „Schon 1919 hatte im Vogtland der Arbeiterführer Max Hölz den von Noske eingesetzten Truppen erfolgreich Widerstand geleistet. Zur Bekämpfung einer von Hölz geführten, etwa 1.000 Mann starken 'Roten Armee', mußten bis zu 5.000 Mann Reichswehr aufgeboten werden.“<sup>98</sup>

Trotz der gemäß der neuen Offensiv-Strategie betriebenen Propaganda der VKPD zur Unterstützung des Aufstands einen Generalstreik durchzuführen, blieben Aktionen auf einige wenige Zentren beschränkt. Neben dem Ruhrgebiet, Teilen der Lausitz und Thüringen fanden Aktionen unter anderem in Hamburg statt, wo die Werften besetzt wurden.<sup>99</sup>

## Unterstützung des Aufstands in Hannover

In wie weit es in Hannover zu Versuchen kommt, den Aufstand zu unterstützen, lässt sich schwer sagen. Max Hölz – dessen Schwester in Ilten bei Wunstorf wohnte und der 1920 in Hannover beinahe verhaftet wurde<sup>XX</sup> – erwähnt in seinen Memoiren: „Am Morgen des 23. März entsandte ich Kuriere nach Berlin, Hannover, Braunschweig, Halle und ins Vogtland, um den notwendigen Kontakt mit den Parteinstanzen herzustellen.“<sup>100</sup>

Zu den Ereignissen in Hannover findet sich wenig, nur Röhrbein schreibt zusammenfassend: „Erneut wurden in Demonstrationen und Kundgebungen Räteherrschaft und Generalstreik gefordert, bis Gustav Noske, seit 1. Juli 1920 Oberpräsident in Hannover, den Aufruhr mit Hilfe der Sicherheitspolizei niederschlug.“<sup>101</sup> Sicher ist, dass Polizeieinheiten aus Hannover zur Niederschlagung des Aufstands in Mitteldeutschland in der Nähe von Leuna eingesetzt werden. Es wird deutlich, dass die Polizei sich in ihrem Vorgehen gegen die ArbeiterInnen in keiner Weise von den Freikorps unterscheidet. Riesener berichtet: „Dabei kamen auch zwei Hundertschaften aus Hannover unter dem Kommando von Major Lampe und Hauptmann Menke zum Einsatz. Nach der Niederschlagung des kommunistischen Aufstands

---

XX Zu dieser filmreifen Episode das Kapitel: Kurzer Aufenthalt in Wien – mit falschem Pass zurück nach Deutschland (Hoelz, 129-135)

berichten zahlreiche Zeugen von standesrechtlichen Erschießungen, an denen auch Lampes Einheiten teilgenommen hätten.<sup>102</sup>

Unter dem Druck der Verfolgung durch SiPo und Reichswehr fliehen etliche Arbeiter, unter ihnen auch Max Hölz, nach den Ereignissen unter anderem nach Hannover. Ein Zeitzeuge berichtet: „Max Hölz hatte da unten in Mitteldeutschland rumgewurschtelt und war da nun abgebrannt und kam hier her. Hier ist der ja auch zu Hause. Die Familie von Max Hölz, die ist hier aus dem Nachbarort. Die ganzen Kumpel wurden hier untergebracht, Darunter waren auch Unionisten, Es waren auch sehr gute Genossen darunter. Diese Genossen haben mich mehr oder weniger gezwungen, die Leitung zu übernehmen. Das waren Kerle, die waren schon in Mitteldeutschland im Kampf gewesen.“<sup>103</sup>

## **Exkurs: KAPD**

Am 4. April 1920 wurde die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland (KAPD) gegründet. Die Gründung der KAPD ging auf Spaltungen der KPD zurück. Auf dem Heidelberger Parteitag der KPD im Oktober 1919 wurde der „linksradikale“ Flügel ausgeschlossen. Es folgten Austritte vieler anderer aktionistisch-, rätekommunistisch- und/oder basisorientierter Mitglieder. Sie kritisierten vor allem das Verlassen des revolutionären Kurs. Ein weiterer Grund für die Entstehung der KAPD war der Schlingerkurs der KPD während des Kapp-Putsch und die Rolle während der Verhandlungen zum Bielefelder Abkommen. Zurück blieb die „revolutionäre Avantgarde“, die bis zur Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD zur vereinigten KPD (VKPD) im Dezember 1920 immer am Rande der totalen Bedeutungslosigkeit stand.

Die KAPD war besonders in den Industriegebieten stark: In Sachsen oder besser gesagt in Mitteldeutschland – dem Gebiet von Harz und Leuna bis nach Halle und Leipzig – sowie in Hannover, Braunschweig, Bremen, Hamburg und Berlin existierten Gruppen, aber auch in allen anderen relevanten Industriezentren war die Partei vertreten.

Zu den Kräfteverhältnissen in Hannover gibt Reuter sehr gute Auskunft: „Auf der Maikundgebung 1920 der USPD waren laut Polizeibeobachtung nur 2.000 bis 3.000 Personen anwesend, auf der Kundgebung der SPD sollen 30.000 Personen anwesend gewesen sein. Die KPD war mehr oder weniger nichtexistent, sie soll nur 34 Mitglieder gezählt haben, aber auch die KAPD brachte zur Maifeier nur 200 Personen auf die Beine.“<sup>104</sup>

Der KAPD stand die Allgemeine Arbeiter Union (AAU) als betriebliche Organisation nahe. Von Seiten der lenintreuen KPD wurden der AAU immer wieder syndi-

kalistische, also anarchistische, Tendenzen vorgehalten. Dies lag nicht nur an den tatsächlich vorhandenen Tendenzen und der regionalen Zusammenarbeit mit der FAUD. Vor allem die Ablehnung des Kurs der KPD, in den bestehenden Gewerkschaften mit zuarbeiten und diese „revolutionär zu unterwandern“, führte zu Spannungen.

Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung und widerstrebenden Ideen innerhalb der KAPD kam es schnell zu Ausschlüssen und Spaltungen – so wurde bereits im August 1920 der nationalbolschewistische Flügel um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim ausgeschlossen. Im Jahr 1921 waren von den ehemals 80.000 Mitgliedern nur noch die Hälfte übrig, was den Verfall nur noch weiter beschleunigt.

Trotzdem blieben Teile der KAPD und der AAU bis zur Machtübertragung auf die Nationalsozialisten und dem dann folgenden Verbot und der Verfolgung aktiv.

# Zeitraffer: Die Jahre 1921-1923 im Schnell-durchlauf

Auch wenn die Zeit von April 1921 bis zum August 1923 alles andere als ruhig verlief, soll sie hier nur Schlaglichtartig beleuchtet werden.

Langsam setzte eine Konsolidierung in Deutschland und damit auch Hannover ein. Auch die Menschen wurden nach gut zweieinhalb Jahren „Revolution“ müde. Das GdV-Team bringt dies schön auf den Punkt: „Es ist schwer vorstellbar – aber so wie jede Familie Tote an der Front zu beklagen hatte, so kamen jetzt in vielen Familien noch die Toten durch die revolutionären Erhebungen dazu. Das kostet Kraft, Mut und so weiter. Am Ende des Ruhraufstandes war das Ziel in noch weiterer Ferne als jemals zuvor. Und Tausende in den Knästen. Wen wundert es, wenn sich endlich mal mehr um den Alltag gekümmert wurde und – wie oben beschrieben – die nächsten heftigen Kämpfe immer mehr an den Grundfragen entstanden: Wo bekomme ich ausreichend zu essen her?“<sup>105</sup>

Die rechtsradikale und antisemitischen Organisationen Consul<sup>XXI</sup> verübte Anschläge auf jüdische Politiker, was auch in Hannover zu Demonstrationen gegen den Weißen, konterrevolutionären Terror führt. Nach der Ermordung der Zentrumspolitikers Matthias Erzbergers am 26. August 1921 gehen 80.000, wegen der Ermordung von DDP-Außenminister Walther Rathenau 24. Juni 1922 sogar 100.000 Menschen auf die Straße.<sup>106</sup>

Im August 1922 begann die (Hyper-)Inflation, die erst im November 1923 durch eine Währungsreform beendet wurde. Als Reaktion auf die durch die Inflation zunehmend wertloser werdenden Reparationszahlungen in Reichsmark besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet. Im Auftrag der Regierungen wurden die Kohlentransporte beschlagnahmt und ins Ausland verbracht. Die konservative Regierung um das Kabinett Wilhem Cunos rief daraufhin zum passiven Widerstand auf.

In Russland endete der Bürgerkrieg mit einem Sieg der Bolschewisten über Konterrevolutionäre, alliierte Truppen sowie Anarchisten und andere sozialrevolutionäre Konkurrenz. Am 30. Dezember 1922 wurde dann mit der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken der erste „Arbeiter- und Bauernstaat“ der Welt gegründet.

Im Osten Deutschlands kam es immer wieder zu Gefechten zwischen Freikorps

---

XXI Die Organisation Consul (O.C.) war eine terroristisch ausgerichtete Organisation, die aus der Brigade Ehrhardt hervorging.

und polnischen Freischärlern – mal provoziert durch die Freikorps, mal durch die polnischen Nationalisten.

Im Oktober 1922 führte Benito Mussolini mit seinen Schwarzhemden den „Marsch auf Rom“ durch – ein faschistischer Euphemismus, tatsächlich reiste der Duce im Schlafwagen. Er wurde daraufhin vom König zum Ministerpräsidenten ernannt – die Zeit des Faschismus in Europa hat begonnen.

## **Der Cuno-Streik und die Augustunruhen**

Die Inflation nahm 1923 groteske Züge an. Die Entwertung des Geldes ging so schnell voran, dass das Geld, welches am Morgen ausgezahlt wurde, am Abend bereits nur noch die Hälfte wert war. Besonders hart traf es, wie immer, die ArbeiterInnen – all jene, die nichts zu verkaufen hatten als ihre Arbeitskraft. Aus Protest gegen die Untätigkeit der Regierung sollte es am 11. August 1923 – zum Verfassungstag – deutschlandweit Proteste und Streiks geben.

In Hannover eskaliert die Situation bereits am 10. August 1923. Es kommt zu einem Aufstand in der Markthalle: Frauen, die angesichts der Inflation nicht mehr in der Lage sind, die geforderten Lebensmittelpreise zu bezahlen, beginnen nach handgreiflichen Auseinandersetzungen die Stände zu plündern.

Ein Augenzeuge beschreibt die Situation im Rückblick: „Die Frauen waren aufgrund der Inflation rebellisch geworden und die Polizei hatte natürlich gleich mit dem Knüppel dazwischen gehalten. [...] Das war ganz spontan. Die Frauen machten dort eben Rebellion. Sie stürmten ganze Stände. [...] Sie hatten ja nicht das nötige Geld, um das zu kaufen. Das Geld, was wir hatten, war ja schon wieder wertlos.“<sup>107</sup>

Etliche Frauen ziehen zum nahen Werk der Continental und holen die Männer aus dem Betrieb. Auch aus Linden kommen die ArbeiterInnen der Hannoverschen Wagenwerke (HaWa), der Hanomag und der anderen Betriebe. Flugblätter werden verteilt, in denen nicht nur ein korrekter Lohn und die Auszahlung in Goldmark satt in wertlosem Papiergeld verlangt wird. Auch die spontane Enteignung von Großhändlern, die mit den Waren spekulieren, ist dort als Forderung zu finden. Aussagen, die nicht nur die bürgerlichen Parteien in Angst versetzen.<sup>108</sup> Zur Unterstützung der ArbeiterInnen aus den Betrieben rings um die Innenstadt kommen aus Döhren die Kanalarbeiter, unter denen auch viele Polen und Italiener waren, die das Geld eigentlich sparen wollten.<sup>109</sup>

Auch Arbeiter aus dem Kaliwerk Empelde sind in die Ereignisse verwickelt. Eine kleine Gruppe von ihnen ist durch Zufall in der Stadt, um Löhne einzufordern, als die Ereignisse eskalieren. Sie eilen zu ihren Kumpels auf dem Schacht Empelde

zurück und diese treten praktisch sofort in Streik. Dabei belassen es die Bergarbeiter aber nicht, wie ein Augenzeuge berichtet:

„Nachmittags um 15 Uhr waren die ganzen Belegschaften unterwegs und haben in Ronnenberg, in Gehrden, in Benthe und den umliegenden Dörfern von den Bauern die Gewehre weggeholt. Damals hatten wir auch schon die proletarischen Hundertschaften<sup>XXII</sup>. [...] Nachdem wir in Ronnenberg alles durchkämmt hatten, marschierten wir nach Gehrden. Wir hatten Meldung bekommen, daß sich in Gehrden auf der Franzburg, einem Gut des Baron von Rehen, die Völkischen versammelt hätten. [...] Wir haben dort von den Völkischen über vierhundert Gewehre und einige Maschinengewehre geholt“.<sup>110</sup>

Auch Lebensmittel werden beschlagnahmt und es wird gegen Plünderer vorgegangen, die außerhalb der organisierten ArbeiterInnen auf eigene Faust handeln. Diese werden entwaffnet und verprügelt. Letztlich muss eine Reiterschwadron der Reichswehr eingesetzt werden, um die Aktionen der ArbeiterInnen im Umland zu unterdrücken.<sup>111</sup>

In der Stadt herrscht drei Tage lang Chaos. Es kommt immer wieder zu Versammlungen, Demonstrationen und auch Plünderungen. Laut Hachmeister und Kolbe ist insbesondere das Steintorviertel der Brennpunkt der Auseinandersetzungen. Hier kommt es auch zu Übergriffen auf Gewerkschaftsführer.<sup>112</sup>

Am Waterloo findet im Verlauf der Ereignisse eine Demonstration mit 20.000 bis 25.000 Leuten statt.<sup>113</sup> Auf dem Klagesmarkt kommt es immer wieder zu großen Demonstrationen und schweren Auseinandersetzungen. Dazu ein Augenzeuge:

„Auf dem Klagesmarkt in Hannover sind die streikenden Arbeiter des Continentalwerks und riesige Menschenmassen darüber hinaus aufmarschiert. Zahlreich wehende rote Fahnen, leidenschaftliche Reden, lauter Widerhall, die Menge setzt sich in Bewegung. [...] Da jagt auch schon berittene Polizei im Galopp in die Menge, die schreiend und fluchend auseinanderstob, hier wird ein 'Grüner' vom Pferd gezogen und entwaffnet, dort fliegt ein langer schwerer Eisenbolzen durch die Luft, wohlgezirkelt und ein Pferd stürmt ohne Mann weiter [...].“<sup>114</sup>

Ein anderer berichtet:

„Als die Polizei uns mit ihren Pferden angriff, haben wir uns geduckt, bis sie ganz heran waren, dann haben wir den Polizisten an einem Bein hochgehoben und auf die andere Seite über das Pferd gekippt. Wenn sie auf dem Boden lagen, haben wir

---

XXIIDie Proletarischen Hundertschaften sind auf Initiative der KPD aus den Erfahrungen der Kämpfe seit 1919 entstanden. In ihnen kommt es zu einer Zusammenarbeit zwischen KPD, SPD, KAPD und nicht in Parteien organisierten Arbeitern.

sie erstmal tüchtig verprügelt ... Daraufhin hat die Bereitschaftspolizei, die aus Braunschweig und Hildesheim herangezogen war, mit ihren Waffen das Feuer auf uns eröffnet.“<sup>115</sup>

Und der bereits zuvor zitierte weiter:

„Die Salven knattern und mitten zwischen der Polizei geht ruhig ein Zivilist umher, spricht mit diesem und jenem, trifft Anordnungen und scheint Kugeln und Flüche der anderen Seite nicht zu kümmern. Gustav Noske, der Furchtlose, der Abgebrühte, wie andere sagen. Der Oberpräsident der Provinz Hannover. [...] Noske ist ein starker Mann und es gelingt ihm, größere Unruhen in Hannover zu verhindern.“<sup>116</sup>

Wie der Augenzeuge dies angesichts von fünf Toten, über 100 Verletzten und 200 Verhafteten sagen kann, bleibt mit Sicherheit den Eindrücken der Zeit geschuldet.

Die Unruhen in ganz Deutschland erreichten schließlich den Rücktritt der Regierung Cuno. Auch in Hannover können Erfolge erzielt werden. So wird der Lohn jetzt zweimal in der Woche ausgezahlt, um besser auf die Inflation reagieren zu können. Außerdem werden die Betriebsräte in einige Kommissionen zur Überwachung der Marktordnung einbezogen – natürlich nicht mit allzu großen Befugnissen.<sup>117</sup>

Reuter verweist interessanterweise darauf, dass in den geführten Interviews mit den ZeitzeugInnen ein „organisierender Einfluß der KPD“ nicht auszumachen gewesen sei.<sup>118</sup>

## **Die KPD-Herbstaktion und der Hamburger Aufstand**

Im Rahmen der sogenannten Herbstaktion wurde von der KPD entsprechend der Offensiv-Linie ein Aufstand vorbereitet. Dazu sollten in verschiedenen Städten die proletarischen Hundertschaften mit Aktionen beginnen. Letztlich sagte die Führung der KPD die Aktion auf Druck des Zentralkomitees in Moskau ab. Hinzu kam, dass die Reichsregierung (mit SPD-Beteiligung) wieder einmal in Sachsen und Thüringen Truppen und Polizei einmarschieren ließ, um die dortigen Regierungen von SPD und KPD unter Druck zu setzen.

Auch in Hannover wollten sich ArbeiterInnen am Aufstand beteiligen. Ein Zeitzeuge berichtet:

„Als der Hamburger Oktoberaufstand kam, war es möglich gewesen, auf der Schachanlage Empelde zwei Motorwagen mit Anhänger und Besatzung der Bergarbeiter mit einigen Schwer- und Leichtmaschinengewehren, Pistolen und Gewehren zu bewaffnen, mit der Zielsetzung zur Unterstützung des Hamburger Aufstan-

des. [...] Dann ist ein Kurier gekommen [...] und diese Aktion wurde abgeblasen. Das hat solche Empörung bei den Bergleuten gegeben, wo ich mit zusammengearbeitet habe, [...] daß sogar einige Bergleute mich in den Schacht hinunterschmeißen wollten, in der Annahme, ich sei der Verräter. Ich mußte an diesem Tage wirklich türmen gehen.<sup>119</sup>

Letztlich fand in Hamburg der Aufstand unter dem späteren KPD-Führer Thälmann statt, weil der Bote für Hamburg sich betrunken hatte und die Hamburger nicht über die Absage informierte. Nach zwei Tagen heftiger Straßenkämpfe wurde der Aufstand niedergeschlagen.

## **Dunkle Schatten: Die NSDAP in Hannover bis 1923**

Auch wenn Hannover mit der DNVP bereits eine rechtsgerichtete Partei und mit den Studenten sogar Rechtsradikale zur Genüge hat, wird bereits am 2. Juli 1921 eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet. Diese Gruppe war erst die neunte außerhalb Bayerns und die erste in Nordwestdeutschland. Bereits 1922 zählt die Gruppe 230, im Mai 1923 dann 341 Mitglieder. In der Zeit des Verbots der NSDAP (von November 1923 bis Februar 1925) organisieren sich die Mitglieder vorübergehend in der rechten Splittergruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP), die später praktisch geschlossen in die wiedergegründete NSDAP übertritt.<sup>120</sup>

Wirklich in Erscheinung treten die Nazis aber erstmals rund um den 1. Mai 1923, als sie Plakate mit dem Hakenkreuz beschmieren. Auch anlässlich des als „Hitlerputsch“ hochstilisierten „Marsch auf die Feldherrnhalle“, der von einer Salve der Sicherheitspolizei beendet wurde, kommt es zu Aktionen in Hannover. Am 16. November 1923 demonstrierten 200 Nazis unbehelligt in der Innenstadt.<sup>121</sup>



# Schlussbemerkung

Es ist natürlich immer einfach, jetzt aus der Entfernung von fast 100 Jahren, zu tolen Schlüssen und guten Ratschlägen zu kommen. Zumal wir ja auch noch den Fortgang der Geschichte kennen. Aber trotzdem ist Geschichte immer mehr als die erzählte Geschichte. Sie enthält auch für uns noch die eine oder andere Botschaft, einen Tipp oder Hinweis. Wie bereits in der Einleitung geschrieben: Wir können die Geschichte nicht wiederholen – auch nicht als Farce. Wir können nur versuchen, zu lernen und unsere eigene Geschichte in die Hand nehmen, sie eben selbst erzählen. Von daher – Kippe aus und Kaffee an die Seite: Jetzt kommen ein paar (kluge) Bemerkungen.

Die Revolution oder andere revolutionäre Momente kamen und kommen vollkommen unerwartet und spontan. Es kommt zu einem Ereignis und plötzlich entlädt sich die angestaute Wut in mehr als nur einem zeitlich oder örtlich begrenzten Aufstand. Sie sind im Gegensatz zum Putsch nie geplant, weder waren es die Ereignisse im November 1918 noch in Tunesien 2011.

In Deutschland waren es die ArbeiterInnen gewohnt, auf ihre Organisationen – Parteien und Gewerkschaften – oder besser gesagt, auf deren Führer zu vertrauen. Dadurch herrschte zu Beginn der November-Revolution die Tendenz, errungene Macht zu schnell wieder abzugeben. Die Enttäuschung über den antirevolutionären Kurs der SPD führte dazu, dass noch mehr ArbeiterInnen sich radikaleren Gruppen zuwandten, als dies bereits während des Kriegs geschehen war. Dabei war die Rolle der KPD bei weitem noch nicht so groß, wie von der eigenen und gegnerischen Propaganda später behauptet. Nachdem die offizielle Politik der KPD während des Kapp-Putsch als Schlingerkurs und die Teilnahme an den Bielefelder Abkommen sogar teilweise als Verrat wahrgenommen wurde, war das Vertrauen in die „glorreiche Vorhut der ArbeiterInnenklasse“ KPD so gering, dass sie Mitglieder in Scharen verlor. Ohne die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD zur VKPD wäre die KPD Ende 1920 von der Bildfläche verschwunden.

Die Situation war, entgegen der KPD- und SED-Propaganda, nicht so, dass die KPD der ArbeiterInnenschaft voranging, sondern meist den Aktionen der ArbeiterInnen hinterher hetzte. Vielfach nahmen die ArbeiterInnen ihr Schicksal komplett in die eigenen Hände, weil die Organisationen versagten – die SPD aus Angst vor der Revolution, die KPD aus grandiosen Fehleinschätzungen. Die Behauptung von Könnemann und Krusch „Die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, die KPD, ging gestärkt aus dem Kampf gegen den Kapp-Putsch hervor“<sup>122</sup>, ist angesichts der Tatsachen, dass die KPD massiv Mitglieder verlor, verdrehendes Wunschdenken.<sup>XXIII</sup> Langer bringt die Politik der KPD-Führung während des Kapp-Putsch rea-

---

XXIII Was aber für die Geschichtswissenschaft unter Staatseinfluss, wie sie in der DDR

listischer auf den Punkt: „Wiederum läuft die KPD der Bewegung hinterher“.<sup>123</sup> Innerhalb der ArbeiterInnen gab es auch den Eindruck, dass die KPD die ArbeiterInnen allein lasse. Gerade die „Absage“ des Oktoberaufstands wird kritisch betrachtet, wie ein Zeitzeuge berichtet:

„Es hat sich aber herausgestellt, [...] daß es in Wirklichkeit führende Leute der KPD gewesen sind, die diese Aktion zur Unterstützung des Hamburger Oktoberaufstandes abgeblasen hatte. Das heißt, somit auch einen Verrat nicht nur am Mitteldeutschen Aufstand, sondern auch an dem Hamburger Aufstand.“<sup>124</sup>

Zusätzlich war die Zersplitterung der Linken nicht weniger schlimm als heute – es gab nur absolut wie relativ mehr Linke. Und genauso wie heute gab es die entsprechenden Richtungsstreits – z.B. über die Mitarbeit in bestehenden Gewerkschaften oder die Gründung eigener. Genauso waren Abgrenzungen von angeblichen und tatsächlichen sozialistischen, syndikalistischen kommunistischen oder anarchistischen Strömungen oder zwischen Radikalen und Reformern mit entsprechenden Diffamierungen und (tätlichen Angriffen) nicht unüblich. Trotzdem kam es vor 1923 vielfach zur Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Fraktionen, allerdings praktisch nur vor Ort auf der Ebene der Basis, im Betrieb oder dem Stadtteil. Dies sieht auch Reuter so, er verweist darauf, „[...] daß die einzelnen Parteien damals noch auf der Ebenen der Respektierung zusammenarbeiteten“ und „[...] daß es noch keinen unbedingten Führungsanspruch einer Partei gab. Im Gegenteil, die verschiedenen Flügel der Arbeiterbewegung arbeiteten bei bestimmten Ereignissen oder Vorhaben loyal zusammen, wobei immer die Interessen des Gesamtproletariats als Maßstab gewertet wurden.“<sup>125</sup> Wobei nicht vergessen werden darf, dass sich die Abwehrkämpfe dabei als sehr effektiv erwiesen, die Einheit herzustellen.<sup>XXIV</sup> Rocker beschreibt dies als Zeitzeuge angesichts des Kapp-Putsch: „Der unglückselige Bruderkampf, der die deutsche Arbeiterklasse seit langem entzweite, hörte mit einem Mal auf. Alle Richtungen wurden im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind geeint.“<sup>126</sup>

Dabei zeigt sich wieder einmal, dass die Annahme des Rätekommunismus (und später des Operaismus<sup>XXV</sup>) sich nur zum Teil erfüllen. Die „Masse in Aktion“, also

---

deutlich zu Tage trat, nicht ungewöhnlich ist.

XXIV Dies ist auch heute noch so, wann immer ein Druck von außen da ist, seien es Räumungen (z.B. des Ungdomshuset in Kopenhagen oder der Liebig 14 in Berlin), Naziaufmärsche oder auch der CASTOR-Transport, lässt es sich viel leichter mit anderen zusammenarbeiten.

XXV Eine dem Rätekommunismus nahestehende undogmatisch-marxistische Strömung, die aus der Verschmelzung von wilden FabrikarbeiterInnenkämpfen und Studierendenbewegung im Italien der 1970er entstanden ist. Deren Vertreter (Hagri, Holloway) haben großen Einfluss auf die Aktionen und Theorie der globalisierungskritischen Bewegung zu Beginn der 2000er.

die „Klasse“ gab sich die Struktur, die zweckmäßig war. Es gab aber kein Konzept, wie mit der Revolution weiter verfahren werden sollte. Hier fehlte in erster Linie Erfahrung, aber auch eine gemeinsame Vision. Die alten Organisationen waren ihren Autoritätsstrukturen verhaftet. Ihre Führer waren zu sehr im System verstrickt. Diejenigen, welchen es möglich gewesen wäre, hier eine Alternative zu bieten, wurden ermordet.<sup>XXVI</sup> Damit war es zumindest für die parteiorientierte Linke nicht mehr möglich, sich gegen die theoretische Übermacht der Bolschewisten durchzusetzen. Dabei war es nicht die Partei, sondern vor allem die Utopie oder besser die Strategie zur Umsetzung selbiger, die fehlte. Bis weit nach dem zweiten Weltkrieg hielt sich daher in der parteiorientierten und marxistischen Linken die Annahme, dass nach dem historischen Materialismus die Revolution kommen muss. So gibt es das Zitat einer Zeitzeugin zu der Rezeption der Revolution in Katalonien 1936 durch die ExilantInnen. Es heißt dort, dass die Auswärtigen: „[...] den gesamten Revolutionsablauf den Seiten 293, 277 [und] 231 des Kapitals oder anderer Produkte Engels' und Lenins entnehmen. Aber für die Besonderheiten der hiesigen Revolution haben sie wenig übrig; diese Tatsachen beeinflussen die vorschriftsmäßige Linie in keinsten Weise.“<sup>127</sup>

Die Revolution stellt sich aber nicht automatisch ein und auch die Massen lassen sich nicht immer so einfach mobilisieren. Das führte teilweise zu blinden Aktionismus. Gepaart mit der fehlenden Organisierung hatten so die SPD und andere Beschwichtiger leichtes Spiel. Aber auch die spätere autoritäre Ausrichtung der KPD wurde dadurch begünstigt, hatte doch gerade auch die zunehmende Zersplitterung und Spaltung gerade auch der KAPD keine Alternative geboten. Ganz davon abgesehen, dass die KAPD und die FAUD wenige Jahre nach ihrer Gründung häufig nur noch eine regionale Bedeutung hatten.

Die Politik und Geschichte der KAPD ähnelt interessanter Weise in mancher Hinsicht der Autonomen Bewegung. Gemeinsam ist beiden der Hang, mittels Aktionismus fehlende Bedeutungslosigkeit im politischen Alltag zu überspielen. Dies beschreibt auch das GdV-Team: „Während also die breite Masse erstmal resignierte – wie gesagt in der Hoffnung auf 'die letzte Schlacht' – gab es bei den organisierten RevolutionärInnen auch andere Tendenzen. Hauptsächlich die Reste aus der KAPD kamen immer aktionistischer drauf. So gab es mehrere illegale Gruppen, die von April 1920 bis März 1921 vor allem in Mitteldeutschland (Sachsen, Thüringen) Banküberfälle unternahmen und Schutzgelder von Unternehmen kassierten. [...] Außerdem wurde versucht, durch direkte Aktionen (Dynamitanschläge auf Bullenstationen und andere Symbole der Herrschaft) die Konfrontation aufrechtzuerhalten.“<sup>128</sup>

---

XXVI Zu nennen wären hier Rosa Luxemburg und Gustav Landauer genauso wie Karl Liebknecht oder Georg Eisner.

Aber auch die Zersplitterung, welche die KAPD praktisch nach dem Ende der Revolutionären Phase erfasste, gleicht der Zersplitterung der Autonomen Bewegung Ende der 1980er/Anfang der 1990er in verschiedenen Teilbereiche.

Was bleibt also jetzt als „Moral von der Geschichte“? Vor allem eins: Wir müssen uns die Geschichte selber anschauen und nicht auf die große Erzählung der Anderen vertrauen.

Daraus ergibt sich aber auch, dass wir vorbereitet sein müssen. Ereignisse, ob die Massenproteste in Griechenland, die Aufstände in Nordafrika und dem Nahen Osten, die Platzbesetzungen in Spanien oder die Riots im UK kommen nicht mit Anmeldung. Aber nur weil sich etwas bewegt, ist das noch lange nicht nachhaltig und auch nicht notwendigerweise emanzipatorisch.

Wir brauchen mehr als nur den Willen zur Aktion! Die „bewegungslose Zeit“ führt dann zu Zersplitterung und Fraktionieren statt zur Konsolidierung und Planung. Ohne feste Organisation bleibt alles vage und unbeständig, wobei feste Organisation nicht mit starren Organisationen oder Parteien verwechselt werden darf! Vielmehr geht es um auf Dauer angelegte Netzwerke, die auf Situationen reagieren können und vor allem selbst aktiv werden.

Dabei sollten wir auch mehr über den Tellerrand der eigenen Gruppe und die Grenzen des Szeneghetts schauen. Es gibt weniger, was uns trennt, und mehr, das uns verbindet! Gerade in den als bürgerlichen abgetanen Bewegungen gibt es viel Potential. Wir müssen wieder den Willen entwickeln, die „Mitte der Gesellschaft“ auch erreichen zu wollen. Die Menschen in Bewegung sind leichter von unseren Ideen zu überzeugen, wenn wir sichtbar sind und auch praktisch Andere unterstützen. Dies geschieht zum Glück auch zunehmend. Aber immer noch ist es weit verbreitet die „reine Lehre“ und die „radikale Aktion“ zu vertreten, als nachhaltig etwas verändern zu wollen. Das „Leben in der Revolte“ – meist auch nur für einige wenige Jahre – wird zum Bewegungsersatz. Das ist nichts, was das System erschüttert, noch nicht mal kratzt.

Letztlich bleibt noch festzuhalten, dass historische Forschung und akademische Diskussionen zwar Erkenntnis bringen, aber keine Veränderung bewirken – das schafft nur die Umsetzung in der Praxis. In diesem Sinne haben die Menschen auch gehandelt, selbst wenn sie nicht über ein geschlossenes Weltbild verfügt haben. Trotzdem haben sie Theorie nicht rechts liegen gelassen, sondern sich gebildet, klassisch und in Diskussionen.

# Literaturtipps zum Weiterlesen

## **Romane in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise**

Die roten Matrosen – Klaus Kordon

Berlin zur Zeit der Novemberrevolution bis zur Niederschlagung des „Spartakusaufstandes“

Brennende Ruhr – Karl Grünberg

Die Zeit des Kapp-Putsch im Ruhrgebiet vom Vorspiel, zur Bildung der Roten Ruhrarmee bis zu deren Zerschlagung

## **Sammlungen**

Gegen das Vergessen – AutorInnenkollektiv

Sammlung von Aufsätzen zu einer Geschichte von unten aus autonomer Sicht aus der Zeitschrift „radikal“

Wir Untertanen / Einig gegen Recht und Freiheit – Bernd Engelmann

Zweibändige Ausgabe vom Mittelalter bis zum Ende der Weimarer Republik aus der Sicht der Unterdrückten, mit deutlich marxistischem Geschichtsverständnis geschrieben

Revolution – Bernd Langer

Minutiöse Abhandlung zu den Ereignissen in Berlin und ein wenig drüber hinaus. Sehr mit dem Blick der KPD bzw. SED geschrieben

## Verwendete Literatur

Klaus **Arndt** (1979): Tagebuch eines Aufstandes – Der Kapp-Putsch in Hildesheim. In: Stadtarchiv Hildesheim (Hg.): Alt-Hildesheim – Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim, Heft 50. Hildesheim, Bernward Verlag.

**Autorenkollektiv** – Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (1968): Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland. Berlin, Dietz Verlag

Friedhelm **Boll** (1981): Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920: eine Sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen in Braunschweig und Niedersachsen. Bonn, Verlag Neue Gesellschaft

Dieter **Brosius** (1994): Die Industriestadt vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des I. Weltkriegs. In: Klaus Mlynek und Waldemar Röhrbein: Geschichte der Stadt Hannover – Band 2 – Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Hannover, Schlütersche Verlagsanstalt.

Ottfried **Brügge**, Joachim **Vallon** (1989): Studenten und Politik am Beispiel der Technischen Hochschule Hannover. In: Adelheid von Sladen (Hg.): Stadt und Moderne – Hannover in der Weimarer Republik. Hamburg, Ergebnisse-Verlag

**DGB** Hildesheim-Alfeld (Hg.)(1995): Geschichte der Hildesheimer Arbeiterbewegung. Hildesheim

Bernt **Engelmann** (1978): Einig gegen Recht und Freiheit – Deutsches Antigeschichtsbuch Teil 2. Frankfurt, Fischer-Verlag

**FAU-Duisburg** (Hg.)(2007): März 190 – Die vergessene Revolution im Ruhrgebiet. Moers, Syndikat-A Medienvertrieb

**GdV-Team** (1999): Gegen das Vergessen – Sozialrevolutionärer Widerstand und Verweigerung in Deutschland, Münster, Unrast-Verlag

Manfred **Gebhardt** (1985): Max Hoelz – Wege und Irrwege eines Revolutionärs. Berlin, Verlag Neues Leben

Heiko **Grau-Maiwald** (2009): Betriebsunfall – Herbststurm 1989/90 in der DDR und die Kampftradition in 20 Jahren Nachwende. Moers, Syndikat A Medienvertrieb

Göran **Hachmeister** und Werner **Kolbe** (1989): Notsituationen im Hochinflationsjahr 1923. In: Adelheid von Sladen (Hg.): Stadt und Moderne – Hannover in der Weimarer Republik. Hamburg, Ergebnisse-Verlag

**HAZ** (2008): Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 22.1.2008, Nummer 18

Werner **Heine** (1978): Verlauf und Auswirkungen der Novemberrevolution 1918 in Hannover. Hannover, Magister-Arbeit

Gerd-Rainer **Horn** (2001): Mentalität und Revolution – Lebensbedingungen und Realitätskonstruktionen ausländischer Sympathisanten der katalanischen Revolution. In: Andreas Graf (Hg.): Anarchisten gegen Hitler – Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil. Berlin, Lukas-Verlag

Max **Hoelz** (1969): Vom "Weissen Kreuz" zur Roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthausenerlebnisse. Reprint der Ausgabe von 1929, Malik-Verlag Berlin. Verlag Neue Kritik Frankfurt

Erwin **Könnemann** / Hans-Joachim **Krusch** (1981): März 1920 – Arbeiterklasse vereitelt den Kapp-Putsch. Berlin, Dietz-Verlag

Bernd **Langer** (2009): Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918-1923. Göttingen, AktivDruck-Verlag

Erhard **Lucas** (1981): Der Generalstreik von 1920 – Zu einem Blatt aus dem Poesiealbum der deutschen Arbeiterbewegung. In: Jahrbuch Arbeiterbewegung 1981: Politischer Streik. Frankfurt a.M., Europäische Verlagsanstalt

Klaus **Mlynek** (1994): Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus 1918-1945. In: Klaus Mlynek und Waldemar Röhrbein: Geschichte der Stadt Hannover – Band 2 – Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Hannover, Schlütersche Verlagsanstalt.

Klaus **Müller** (1974): Heinz Dießelmann – Der Lehrlingsstreik von Hannover. In: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt: Der rote Großvater erzählt, Frankfurt, Fischer-Verlag

Klaus **Neumann** (1990) Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Norddeutschland, Berlin, LIT-Verlag

Bernd **Rabe** (1978): Der sozialdemokratische Charakter – Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel. Frankfurt, Campus-Verlag

Gerd **Reuter** (1982): KPD-Politik in der Weimarer Republik – Politische Vorstellungen und soziale Zusammensetzung der KPD in Hannover zu Zeit der Weimarer Republik. Hannover, SOAK-Verlag

Dirk **Riesener** (2006): Die Polizeidirektion Hannover – Gesellschaft, Industrie und Polizei vom Deutschen Reich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Hannover, Verlag Hahnsche Buchhandlung

Rudolf **Rocker** (2010): Der Kapp-Putsch – Eine Schilderung aus dem Deutschland der Noske-Diktatur. Moers, Syndikat-A Medienvertrieb

Waldemar **Röhrbein** (???): Hannover zwischen den Kriegen I.Revolution, Demokratie und Inflation in Hannover - Aus den Jahren 1918-1925.

Joachim **Tornau** (2001): Gegenrevolution von unten: Bürgerliche Sammlungsbewegungen in Braunschweig, Hannover und Göttingen 1918-1920, Hannover, Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte

**Volkswille I** (1920) Ausgabe vom 20.3.1920, Nummer 68

**Volkswille II** (1920) Ausgabe vom 21.3.1920, Nummer 69

Gerda **Zorn** (1977): Widerstand in Hannover – Gegen Reaktion und Faschismus 1920-1945, Frankfurt am Main, Bibliothek des Widerstands, Röderberg

# Literaturbelege

- 1 Brosius, 398
- 2 Reinert, 62
- 3 Brosius, 398
- 4 Brosius, 398
- 5 Riesener, 63
- 6 Heine, 10
- 7 Heine, 11
- 8 Heine, 13
- 9 Reuter, 69
- 10 Heine, 14
- 11 Tornau, 95
- 12 Boll, 255
- 13 Rabe, 41
- 14 Autorenkollektiv, 129
- 15 Zit. nach: Heine, 17
- 16 Mylek / Röhrbein, 417
- 17 Baum, 312-313
- 18 Heine, 21
- 19 Heine, 24
- 20 Heine, 27
- 21 Heine, 28
- 22 Baum, 326
- 23 Heine, 35
- 24 Heine, 35
- 25 Heine, 38
- 26 Heine, 30
- 27 Heine, 29
- 28 Heine, 45
- 29 Heine, 46
- 30 Heine, 47
- 31 Heine, 48
- 32 Heine, 41
- 33 Heine, 51
- 34 Heine, 59
- 35 Heine, 36
- 36 Riesener, 65
- 37 Riesener, 64
- 38 Rabe, 42
- 39 Heine, 43; Rabe, 42-43
- 40 Heine, 64
- 41 zit. nach DGB, 46-47
- 42 Tornau, 100-101
- 43 Röhrbein, 77-78
- 44 Tornau, 102
- 45 Mlynek, 420-421
- 46 Engelmann, 28
- 47 Grau-Maiwald, 23
- 48 Müller, 22-25
- 49 Heine, 84-86
- 50 Boll, 302
- 51 Heine, 87-89
- 52 Boll, 302
- 53 Heine, 101
- 54 Boll, 303
- 55 Heine, 102-103
- 56 Boll, 303
- 57 Heine, 106
- 58 Boll, 303
- 59 Heine, 108-109
- 60 Boll, 303
- 61 Mylnek, 425-426
- 62 Heine, 73-81
- 63 Riesener, 81-82
- 64 Könnemann / Krusch 40
- 65 Rocker, 30
- 66 Boll, 305
- 67 Boll, 303
- 68 zit. nach Röhrbein 83
- 69 Arndt, 67
- 70 Volkswille I
- 71 Boll, 307
- 72 Lucas, 105
- 73 Boll, 307
- 74 Brügge /Valon, 230-232
- 75 Boll, 308
- 76 Boll, 308
- 77 Boll, 309
- 78 Neumann, 309-316
- 79 Boll, 309
- 80 Boll, 309
- 81 Volkswille II
- 82 Zorn, 16
- 83 Reuter, 72
- 84 Arndt, 70-71
- 85 Arndt, 74
- 86 FAU-Duisburg, 12
- 87 Könnemann / Krusch, 197
- 88 Autorenkollektiv, 485-486
- 89 Langer, 299
- 90 Torgau, 103
- 91 Brügge / Valon, 227-228
- 92 Brügge / Valon, 233
- 93 nach Brügge / Valon, 229
- 94 Brügge / Valon, 228-229
- 95 Volkswille I
- 96 GdV-Team, 48
- 97 Ebhardt, 109
- 98 Engelbert, 88
- 99 GdV-Team, 48
- 100 Hoelz, 149
- 101 Röhrbein, 83
- 102 Riesener, 82
- 103 Reuter, 72
- 104 Reuter, 71
- 105 GdV-Team, 45
- 106 Riesener, 69
- 107 Reuter, 77
- 108 Hachmeister / Kolbe, 47
- 109 Reuter, 76
- 110 Reuter, 77-78
- 111 Hachmeister / Kolbe, 48
- 112 Hachmeister / Kolbe 48
- 113 Reuter, 80
- 114 Reuter, 79
- 115 Reuter, 79
- 116 Reuter, 79
- 117 Hachmeister / Kolbe, 49
- 118 Reuter, 79
- 119 Reuter, 80
- 120 HAZ
- 121 Mlynek, 430
- 122 Könneman / Krusch, 223
- 123 Langer, 277
- 124 Reuter, 80
- 125 Reuter, 73
- 126 Rocker, 30127 Horn, 185
- 128 GdV, 45-46

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren von Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Reaktion gekennzeichnet. Die „Revolutionäre Nachkriegskrise“ welche sich an die Novemberrevolution 1918 anschloss dauerte etwa Ende 1923. Dabei fanden nicht nur alle wichtigen Ereignisse – Novemberrevolution, Kapp-Putsch, Mitteldeutscher Aufstand und Herbstaktion – auch in Hannover ihren Widerhall. Die neuen Freiheiten brachten auch in der Provinzmetropole die Verhältnisse durcheinander. Nicht zu sehr, aber deutlich genug, um Spuren zu hinterlassen.